

Er scheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vertriebs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf.

Korrespondent: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Neuhof-Strasse 2.

Mittwoch, den 18. Februar 1891.

Expedition: Neuhof-Strasse 3.

Zur Landagitation.

II.

Das rechtliche Verhältnis auf dem Lande zwischen Herren und Arbeitsleuten hat sich trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft wenig geändert.

Denjenigen Arbeitern, die beim Bauern wohnen und dienen, geht es nicht besser — sie essen öfters mit ihm an einem Tische, weil er auch nichts zu brocken hat, dafür ist der Lohn und das Deputat beim Bauern noch geringer und schlechter als beim Hüttengutsbesitzer.

Dass der Landproletarier nichts erübrigen kann, um für seine alten Tage einen Nothpfennig zu sparen, ist selbstverständlich, — aber nach den Reden der Herren Agrarier im Reichstag haben sie das auch gar nicht nötig — es war Herr Nordhoff oder Herr Stollberg, der dort verkündete, daß sie auf dem Lande keine Altersversicherung brauchen — da werde jeder in seinem Alter versorgt — wir fragen nun: Wie?

Die Söhne und Töchter dienen und arbeiten gewöhnlich unter demselben Herrn wie der Vater, dieser würde es übel aufnehmen und den Arbeiter bestimmt entlassen, wenn dieser alle seine Söhne ein Handwerk lernen ließe und seine Töchter in die Stadt schickte. Zu diesen verheiratheten Söhnen oder Töchtern steckt der Herr nun den alten arbeitsunfähigen Vater und Mutter, und jene wagen nicht zu mucken, — gut haben sie es nicht auf ihre alten Tage, denn Schmalhans ist da Küchenmeister, weil gewöhnlich auch eine Anzahl kleiner Mäuler auf Essen warten, da bleibt nicht viel für die Alten, welche von ihren Kindern brümmig angesehen und oft sehr schlecht behandelt werden, — denn der fortwährende Mangel macht verdrießlich und mürrisch. Wie mancher alte Mann hat nach einem Leben voll mühseliger Arbeit seinen Tod durch Erhängen oder Ertränken herbeigeführt.

Dieses sind einige Züge von dem Proletariatsleben auf dem Lande.

Die sozialen Gegensätze zwischen Bestehenden und Proletariats sind dort so ausgeprägt, daß eine sozialdemokratische Agitation unbedingt auf Erfolg rechnen kann.

Dazu kommt noch, daß in technischer Beziehung sich auch auf dem Lande eine Umänderung vollzogen hat; jedes große Gut macht heute kein Getreide mit der Dampfmaschine, ebenso arbeiten Säe- und Dreschmaschinen. Während bisher die Leute eines Gutes den Winter über mit Dreschen zu thun hatten, wird jetzt das Getreide möglichst gleich auf dem Felde seiner Körner entledigt.

Wenn die Umänderung der landwirtschaftlichen Produktion so weiter fortschreitet, so wird der Besitzer nicht mehr so viel Leute in festem Kontrakt halten, er wird, wie heute schon vielfach geschieht, zu den einzelnen Verrichtungen, Maschinenbedienen u. s. w., Leute einstellen und nach geübener Arbeit wieder entlassen — der Arbeiter wird ungebundener sein, er muß herumziehen, um Arbeit zu finden;

dafür wird sein Verdienst ein unsicherer und unregelmäßiger sein; auch dieses wird der Verbreitung sozialdemokratischer Lehren förderlich sein — der seßhafte Landarbeiter wird von dem herumziehenden, mit dem Sozialismus bekannt gewordenen, hören und lernen.

Der Boden für den Sozialismus ist vorhanden, schwieriger für die Sozialdemokratie ist es, die Ansätze zu bewerkstelligen, aber wie unsere Partei noch jede Schwierigkeit überwunden, so wird auch diese nicht dem siegreichen Vordringen ihrer Ideen standhalten.

2. Vorschläge zur Landagitation.

Die Schwierigkeit einer Landagitation für unsere Partei besteht hauptsächlich in der schweren Zugänglichkeit des Landes. Es würde sich nun empfehlen, durch die Genossen der kleinen Städte die Verbindung mit unsern Brüdern auf dem Lande herzustellen; es muß eine planmäßige Registrierung der Dörfer und ihre Zuteilung zu den Städten stattfinden — vielleicht durch die Provinzial-Parteitage — die einzelnen Städte mit ihren zugehörigen Dörfern bilden einen Parteibeck, hier halten die Genossen regelmäßige Besprechungen ab, wozu möglichst aus jedem Dorfe ein oder mehrere Genossen erscheinen — es giebt ja Handwerker auf den Dörfern, die infolge ihrer besseren Intelligenz bald zu Genossen werden und die dort unter den Knechten und Arbeitsleuten Brüder werben werden — zu dem Zweck muß den kleinen Städten eine Anzahl leicht verständlicher Broschüren, Flugblätter und Bücher zur Verfügung gestellt werden, die in der Stadt gegen Bezahlung, auf dem Lande unentgeltlich ausgetheilt werden — dazu muß ein brüderlicher Verkehr der Genossen aus der Stadt mit denen des Dorfes stattfinden, öfters Zusammenkünfte an Sonntagen — die ländlichen Genossen müssen mit den Bedürfnissen der Städte bekannt gemacht werden, damit sie auch ihre Bedürfnisse zu steigern wünschen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben; dann müssen durch geeignete Anrufe im Zentralorgan, dem sich die Provinzialblätter anschließen, an die einzelnen Genossen, die zerstreut auf dem Lande wohnen oder arbeiten — speziell an die Bauhandwerker, an die Monteure der landwirtschaftlichen Maschinen u. s. w. die Aufforderung ergehen, für unsere Ideen auf dem Lande thätig zu sein, sie müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß jeder Genosse die Pflicht hat, als Pionier einer neuen Zeit vorzuarbeiten.

Eine gut vorbereitende Propaganda ist die Hauptsache und wird gute Fehle tragen.

Es würde sich empfehlen, daß die Parteileitung für die Landagitation einen Spezialfonds anlegte, zu dem jeder Genosse gern beitragen würde.

Die Versammlungen müssen in der Stadt Sonntag Nachmittag stattfinden, wozu möglichst viele Genossen und Arbeiter von den Dörfern erscheinen sollen; der Vertrauensmann des Bezirks schreibt an einen bekannten Genossen auf dem Dorfe eine Einladung und dieser bringt

seine Bekannten mit. Der Sprecher der Versammlung muß mit den Verhältnissen und der Sprechweise des Landes möglichst vertraut sein, er vermeide nicht nur möglichst, sondern überhaupt jedes Fremdwort und erkläre jedes schwere und dort nicht gebräuchliche deutsche Wort, denn die Landbevölkerung verfügt nicht über so viele Worte, wie der Städter: Abstammung, geheimes direktes Wahlrecht, Reichstag — solche uns geläufige Begriffe müssen dort erst gründlich erklärt werden. Dabei rede man nicht von dem Aberglauben und der Unwissenheit des Landmanns, er wird in der Diskussion das schon allein sagen, aber von anderen hört er das nicht gern. Stets ist den Arbeitern vom Lande am Anfang oder Ende des Referats ins Gedächtnis zu rufen, daß ihre Brüder in den Städten voll Hoffnung auf ihre Hilfe blicken und daß jeder mit Freuden als Genosse begrüßt werde.

Die Religion lasse man darum nicht zimperlich mit ihm verfahren, denn Religion und der Pfarrer sind den Landleuten nicht eins, dafür verkehrt er zu viel mit den Herren. Es hat sich auf dem Dorfe (wenn nicht gerade ein Musterort in Betracht kommt) eine Philosophie in Sachen der Religion ausgebildet, die uns keineswegs ungünstig ist: religiös sind die Leute im Durchschnitt alle; — aber mit dem Pfarrer halten sie nicht, sie gehen auch in die Kirche und hören ihn an, aber geben nicht viel auf ihn, „das Reden ist sein Geschäft“ heißt es — und die Arbeiter werden sich alle freuen und anstoßen, wenn dem Pfarrer ordentlich heimgelachtet wird.

Es wird oft hervorgehoben, daß der Landarbeiter sich um das politische Leben nicht kümmere. Das ist richtig; bisher hatte er auch keine Veranlassung dazu — die Parteien, die sich ihm z. B. bei den Wahlen anboten, konnten seine Interessen nicht vertreten — er mußte bald merken, daß sich beide Parteien nur um sein Fell stritten und er wurde in seinem Mißtrauen gegen die Herren nur noch bestärkt. Anders, wenn die Sozialdemokratie an ihn herantritt, eine Partei der Armen, der Arbeiter, die nicht um seine Stimme buhlt, sondern ihn zum gleichberechtigten Genossen macht: er wird sich ihr zuwenden. Aus unserem Programm ist vor allen Dingen auf die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens Gewicht zu legen. Als Forderungen der sozialdemokratischen Landarbeiter an die heutige Gesellschaft wären zu nennen: Abschaffung der Gefindeordnung, Vereinfachung und Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Schiedsgerichten, in welchen zu gleichen Theilen Besitzer und Arbeiter, Ausdehnung des Instituts der Gewerbe-Inspektoren auf die Landwirtschaft und Ähnliches.

In Bauernbezirken muß versucht werden, die kleinen Bauern für uns zu gewinnen. Diese befinden sich in denselben Verhältnissen wie die Kleinhandwerker und auch ihre Stellung zu uns wird sich bestimmt so gestalten, wie sie die Innungen der sozialdemokratischen Arbeitern gegenüber einnehmen: von oben drückt sie das Uebergewicht des Großbesitzes zu

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

41

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Eigentlich lag etwas recht Vernünftiges in dem Brauch, den man bei den Südfsee-Inulanern hatte; — wurden deren Eltern beschwerlich, so schlachteten die Kinder dieselben und schafte sie auf; es lag dieser Sitte jedenfalls ein vernünftiger Gedanke zu Grunde, wenn man auch gegen die Art der Ausführung ein oder das an deren zu bemerken haben mochte. Fanny lachte; überhaupt erleichterte es, für seine Sünden Absolution zu bekommen. Allein die Demüthigung blieb doch zurück; sie war freien Menschen nicht gleichgestellt; sie konnte nicht einsteigen für ihr Wort; sie war und blieb unselbständig.

Sie traf täglich mit Uhermann zusammen; dies war immerhin ein Trost. Und dann bedurfte sie seiner als „Mittagskavalier“. Sie mußte in dieser Zeit außer dem Hause speisen, und allein konnte sie nicht gehen, außer in Damenrestaurants; diese Restaurants aber hatten ihren Namen davon, daß man Herren die Kost nicht anzubieten wagte, welche dort servirt wurde; sie bedurfte des begleitenden Kavaliere einfach, um nicht zu hungern. Im Arbeiterverein erhielt man zu den Damenrestaurants Preisen wirklich gutes Essen, — und im Arbeiterverein speisen mußte sie doch dürfen. Ganz behaglich war es ihr übrigens dort nicht, selbst wenn sie Begleitung hatte. Um in den Speisesaal zu gelangen, mußte man durchs Kaffeehaus; da saßen

Bekannt vom politischen Kommerz und tranken Bier; sie starrten sie an, so daß sie ganz verlegen wurde. Jeden Tag saßen sie da, und jeden Tag starrten sie sie an, mit größerem und größerem Interesse. Natürlich sehte sie sich darüber hinweg; aber dennoch —; Uhermann bemerkte es gewiß nicht einmal; er war nun stets guter Laune. Er scherzte und lachte; sein Lächeln war fast gar nicht schief und sein Händchen ganz rein. Sverdrups Sieg vom 9. Juni hatte ihn verjüngt, sagte er; derselbe hatte seinen Glauben gestärkt und seinen Muth; nun hatte das Leben einen Sinn; — die Reaktion konnte nie mehr zur Macht gelangen in diesem Lande.

Dorthe Bakkerfoss war nach Amerika gegangen. Fanny rückte auf ihrem Posten empor und hatte von nun an einen Monatsgehalt von sechzig Kronen. Sie konnte es brauchen; Mama und sie hatten so schlecht gelebt in der letzten Zeit, daß sie es nur gerade mit knapper Noth ertrugen.

In der Wohnstube auf Thronhjemsoeyen war es fürchterlich leer und traurig, besonders seitdem das Klavier verschwunden war; Fanny ging zu Möbelauktionen und kaufte allerlei,

*) Wie schon erwähnt, hatte der Storching in drei verschiedenen Sessionen den Beschluß gefaßt, daß die norwegischen Staatsräthe bei den Verhandlungen zu erscheinen hätten. Unter gewöhnlichen Verhältnissen suspendirt sich ein dreimaliger Beschluß das Veto des Königs; allein Oskar II. erklärte (mit der Partei der Rechten), daß in dieser Sache, die eine Abänderung des Staats-Grundgesetzes darstelle, das königliche Veto absolute Giltigkeit habe und verweigerte neuerlich die Sanction (29. Mai 1889). Allein am 9. Juni drang der Vorschlag Johann Sverdrups mit großer Majorität durch, daß jener Thingbeschluss auch ohne Sanction als Staats-Grundgesetz zu gelten und man „unverbrüchlich danach zu leben habe“ und dem Ministerium wurde aufgetragen, dies Gesetz in der üblichen Art zu publiziren.

um das Zimmer zu füllen. Sie war schließlich so glücklich, einen Schaufelstahl zu billigem Preis zu erlangen; so elegant wie jener der Großmama war er freilich nicht; aber er war bequem. So hatte sie denn doch Mama gegenüber einigermassen ihr kindliches Versprechen eingelöst. Im nächsten Jahr oder so herum durfte sie vielleicht an's Theater denken. Sie würde wohl nicht ruhig sterben, wenn sie nicht vorher mindestens einen Versuch gewagt. Uhermann ermunterte sie nach Kräften. Sie sei wie geschaffen zur Darstellung von Ibsens Frauengestalten, sagte er; und wollte sie seinem Rathe folgen, so debütierte sie als Swanbild in der „Komödie der Liebe“.

Ja, sie würde es wohl versuchen. Ihre Freundin aus Kindertagen, Gina Wiig, stand schon in den Zeitungen; sie hatte in Leipzig anderwärts gespielt und man schrieb von ihr als der „jungen begabten Pianistin“. Nun sollte sie in Kristiania ihr erstes selbständiges Konzert geben; Fanny borgte sich von Moe Geld für ein Galleriebillet aus und sah und weinte zwei Stunden lang über den Erfolg, den ihre Freundin hatte. Ach, das war herrlich! so mußte auch Fanny einmal siegen. Am nächsten Tage sandte sie Gina einen Blumenstrauß mit einem Gruß; das würde die Künstlerin freuen. Vielleicht lud dieselbe sie dann für einen Abend ein und erzählte ihr vom Ausland. Das glückliche Wesen, wirklich das Ausland gesehen! — Sie wartete ein paar Tage lang auf Antwort. Endlich erhielt sie eine Visitenkarte; auf der Rückseite dieser Karte stand:

„Herzlichen Dank für den Strauß und den freundlichen Gruß. Ich hätte schon früher gedankt, konnte aber Ihre Adresse nicht erfragen; ich sende dies an Herrn Honen. Nochmals Dank!“

Freundschaflichst Ihre Gina Wiig.“

Boden, aber auch von unten wird der Arbeitermann ihn bedrängen, er wird mehr Lohn verlangen — und der Bauer, dem nebenbei auch noch der Dübel als Eigentümer anhaftet, wird sich im Allgemeinen der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstellen. . . . Daß diese Feindschaft uns nicht gefährlich wird, dafür sorgt die wirtschaftliche Entwicklung, deren Anforderungen der Zwergebetrieb des Bauern nicht gewachsen ist und die ihn langsam aber unabwendbar ins Proletariat hinabstößt.

Deshalb ist die Hauptaufgabe für uns die Heranziehung des ländlichen Proletariats zu unserer Fahne, und diese Aufgabe wird gelöst werden trotz allem Geschrei und trotz allem Wüthen der reaktionären Masse.

Politische Uebersicht.

Berlin, 17. Februar.

Noch immer Sonntagstrübe im Reichstag — was eigentlich nichts Auffallendes ist. Antemalen sehr viele, wo nicht die meisten Mitglieder des Reichstags die ganze Woche hindurch Sonntag haben.

§ 105 d, der heute zur Beratung stand, handelt von den Ausnahmen zu Gunsten der sogenannten Saisonbetriebe, in denen die Arbeiter sich ungleich auf die verschiedenen Zeiten des Jahres verteilen. Nach dem Gesetzentwurf hat der Bundesrath über die Ausnahmen zu entscheiden, und nach den Beschlüssen der Kommission hat der Reichsrath die von ihm getroffenen Bestimmungen nicht bloß, wie die Regierungsvorlage es fordert, im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen, sondern auch dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zur Kenntnissnahme vorzulegen. Die Fortschrittspartei will dies noch dahin erweitert wissen, daß der Reichstag das Recht haben soll, die Bestimmungen des Bundesraths anzufügen. Ein sozialdemokratischer Antrag geht dahin, die Ausnahmen bloß für solche Betriebe zuzulassen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten. Für die Sozialdemokraten sprach Ulrich und Bebel; ersterer gab eine eingehende Schilderung der Arbeiterschwanderei in der Porzellanindustrie, welche in seinem Wohnort Offenbach hauptsächlich blüht, und ein Saisongeschäft im schärfsten Sinne des Wortes ist. Schränkte man die Ausnahmen nicht im Sinne des sozialdemokratischen Antrages auf Arbeiter ein, so würde durch das Arbeiterschutzesgesetz gar kein Nutzen geschaffen werden.

Nach einer längeren Debatte, in welcher sich „König Stumm“ wieder als absoluter Fabrikkönig darstellte, wurde der Paragraph nach Berührung des sozialdemokratischen Antrages und der übrigen „Verbesserungsanträge“ genau in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf kam § 105b zur Beratung; derselbe handelt von solchen Gewerben, deren Betrieb an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung notwendig, oder von Wind und Wetter abhängig ist. Die Vertreter des Kapitalismus — namentlich die Mühlen-Interessenten — suchen die ohnehin weiten Maschen dieses Paragraphs möglichst auszudehnen, die Sozialdemokraten sie zu verengen.

Bebel legte bei dieser Gelegenheit für die Barbier- und Feisengehilfen eine Lanze ein — allerdings erfolglos; und mit knapper Noth wurde eine Verschlechterung des Paragraphen verhindert, der schließlich in der Kommissionsfassung durchging.

Hierauf erfolgte der Schluß der Sitzung. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

In der nächsten Woche soll eine Unterbrechung von mehreren Tagen eintreten und zur Erledigung einiger Statuten benutzt werden.

Wie die Zeiten sich ändern! Bei dem letzten Festmahl welches der deutsche Reichskanzler gab, wurde, ähnlich wie bei früheren Kanzler-Mahlen, gegen die Reichsfeinde geeizert: der Ausbund aller Reichsfeindschaft, der Erz-Reichsfeind war diesmal aber Fürst Bismarck, der Erfinder der Reichsfeinde und der Reichsfeindschaft.

Nicht, daß wir diesen Dingen an sich Werth beilegen. Als der „geniale Staatsmann“ noch auf dem Gipfel der Macht stand, von der Welt der Gesinnungslosigkeit um-

schmeichelt, wie kaum je ein Anderer, da imponirte uns weder seine „Genialität“, noch seine „Staatsmannskunst“ — wir erklärten beides für unechte Waare, und lieferten den Nachweis, daß dieser angeblich große Mann durch und durch kleinlich war, daß er für hohe Gedanken und hohe Ziele kein Verständnis hatte, und daß seiner kurzfristig-pfiffigen Politik des Bauernfangs ein jämmerliches Ende bevorstehe.

Das jämmerliche Ende ist gekommen, der Mann hat sich kleiner und erbärmlicher gezeigt, als selbst wir ihm zugestanden hatten; und hat er mit all der ungeheuerlichen Machtverhältnisse, die er einem Zusammentreffen günstiger Umstände verdankte, sich nicht in der Gewalt zu behaupten vermocht, so liegt es auf der Hand, daß er jetzt, wo er seiner Macht entkleidet ist und wo alle Verhältnisse gegen ihn sind, nicht die entfernteste Aussicht hat, wieder an die Gewalt zu kommen.

Um so bezeichnender ist die Thatsache, daß die Reichsfeindschaft des lebendig Begrabenen von Friedrichshagen in Regierungskreisen eine gewisse Resonanz, um nicht zu sagen: Aufregung hervorgerufen hat. Es gehört dies zu den Symptomen der Unsicherheit des Bestehenden, welche ein Merkmal der Zeit ist. Die Regierung aber wird durch die Opposition des Fürsten Bismarck in eine seltsame Lage gebracht. Gerade den Elementen zu Liebe, aus denen die, von dem Exkanzler angeführte „Frunde“ sich zusammensetzt, hat die Regierung auf die ursprünglichen Grundideen des Arbeiterschutzes-Gesetzes verzichtet oder doch wenigstens diese Ideen in der Gesetzesvorlage derartig abgeschwächt, daß sie nicht wirksam zu Tage treten können. Und weit entfernt, sich durch derartige Konzessionen beschwichtigen zu lassen, ist das Großkapital, dessen „Begehrlichkeit“ durch die Konzessionen nur angefeuert wurde, jetzt zur reichsfeindlichsten Opposition vorgeschritten — und diesen Reichsfeinden zu Liebe wird den Arbeitern das, was sie als ihr Recht beanspruchen, vorenthalten, und der Arbeiterschutz in wesentlichen Punkten zu einem Arbeitertrug, im Interesse der frondirenden Reichsfeinde gemacht!

Die Wege einer solchen Politik sind in der That dunkel, sehr dunkel.

Selbsttäuschung, dein Name ist Freisinn. Könnte man ausfragen, wenn man folgende Stelle der „Breslauer Zeitung“ liest, die von der „Freisinnigen Ztg.“ zustimmend abgedruckt wird. Das Breslauer Blatt schreibt:

„Hätte nicht Bismarck den Mann (Lassalle) empfangen, wäre nicht in Schlesien der Versuch gemacht worden, ganz im Lassalle'schen Sinne Staatsinterventionen für Arbeitergenossenschaften herzugeben, hätte nicht der Geheimrath Wagner im Gegenseite zur Fortschrittspartei sozialistische Bestrebungen unterstützt, die Partei Lassalle's hätte sicher keinen Boden gefunden, und wahrscheinlich hätte die ganze sozialdemokratische Bewegung keine großen Erfolge gemacht.“

Die Freisinnigen sehen nicht ein, wie lächerlich sie sich durch solch kindisches Gerede machen. Die Sozialdemokratie ist aus den ökonomischen Verhältnissen hervorgegangen, sie mußte sich bilden, sie mußte eine Macht werden. Die Bildung und Entwicklung der Sozialdemokratie ist von den durch das freisinnige Blatt angeführten Thatsachen so vollkommen unabhängig, daß nur eine so oberflächliche Geschichtsauffassung, wie die des Freisinn, diesen Dingen eine so übertriebene Bedeutung beilegen kann.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn v. Müllensiefen war nicht von langer Dauer. Er hat die erste Probe auf seine Versprechungen gelegentlich der Stichwahl nicht bestanden. Jetzt, wo er seinen warmen Sitz im Reichstage hat, laßt er über die Raueheit der Bergarbeiter, welche seine Versprechungen ernst genommen haben. Das Ehrenpräsidium des Bergarbeiter-Verbandstages hat er mit folgendem Schreiben abgelehnt:

Herrn H. Bringswald in Wattencheid.
Ihr Schreiben vom 8. habe ich erst gestern, den 12. Febr., erhalten. Ihnen mir darin ausgesprochenen Wunsch kann ich nicht erfüllen, weil mein Amt mich hier festhält und ich von der Art und Weise, in der Sie und Ihre Parteigenossen das Wohl der Bergleute zu fördern suchen, nicht Heil, sondern nur Unheil für dieselben erwarte.

Achtungsvoll
H. Müllensiefen.
Zur weiteren Erläuterung seines Standpunktes hat er nachfolgende Erklärung veröffentlicht:

Vor meiner Wahl habe ich mich dahin ausgesprochen, daß

und keinen Muth; sie hatte nur Mama. . . . Mama, die immer im Weg war. Die Tage schlichen dahin, wie Schnecken auf einer Landstraße; die Stunden waren Ewigkeiten, die Minuten tropften ab, eine nach der anderen, wie Thränen aus müden Augen; der Sommer kam mit seiner Hitze und seiner Qual; man stand bei der offenen Thür und frögte doch keine Luft; es war nicht einmal ein Glas frischen Wassers zu haben; es schmeckte lau und nach dem Noth. „M. Mor, erbarmen Sie sich einer Sterbenden. . . spendiren Sie eine Halbe Bier. . . es hilft nichts anderes. . . wir müssen uns auf die Flasche verlegen!“

Im Laufe des Herbstes begann sie zu kränkeln. Es war kein gewöhnliches Uebelbefinden; es war eine Plage ganz eigener Art, aufreibende, schreckliche Schmerzen im Unterleib, wahrscheinlich dasselbe, was Dortha Bahrsen manchemal gehabt. Am Morgen war es an Tagen, wo man zu viel zu thun, wo man die Leitern unaufhörlich auf und ab zu laufen hatte; am Abend, wenn man todtsüß und elend den Boden für den nächsten Tag ordnen sollte, konnte es so schlimm werden, daß sie sich geradeswegs niederlegte, überwältigt, halb ohnmächtig vor Schmerz und stöhnte als wie in Kindes- oder Todesnöthen. Die Weihnachtssaison gab ihr den letzten Stoß; an einem Januaraubend mußte man sie in einer Droschke heimführen; Mama fiel fast um vor Schreck, als zwei Männer sie über die Treppe hinaufgeschleppt brachten.

XIX.

Es war nicht gefährlich; es bedurfte keiner eigentlichen Operation. Eine Kleinigkeit; es ist gleich vorüber“, sagte der Arzt; „sind Sie verlobt?“ — „Nein; aah; Morphium, Morphium. . . .“ — „Denn wenn sie verlobt wären, so müßte man Ihren Bräutigam unterrichten.“ — „Nein, nein; ich halte es nicht an. . . .“ Ihr Gesicht war blauefleckig und ihre Lippen schäumten; die Brutalität des Schmerzes und die Todesangst unterdrückten fast das Bewußtsein. — Aber als es vorbei war, verstand sie nicht, daß sie es hatte können geschehen lassen.

Tage und Nächte lang lag sie und kämpfte mit der Empfindung, daß sie herabgewürdigt, fast entehrt sei. Pfui,

ich meine volle Sympathie allen Bestrebungen entgegenbringe, die auf eine Verbesserung des Looses der Arbeiter abzielen. Ich bin auch heute noch derselben Ansicht, selbstverständlich, so weit die allgemeine Lage der Industrie in Konkurrenz mit dem Auslande dies zuläßt, wie ich solches in meinen Wahreden und auch l. B. der Bergarbeiter-Deputation gegenüber mündlich hervorgehoben habe.

Meine Erklärung ist dahin mißdeutet worden, als wenn ich die Erreichung jener Ziele auch auf anderem als friedlichem Wege für zulässig oder möglich halte. Ich betone deshalb ausdrücklich, daß ich jeder Streikbewegung bestimmt entgegen treten muß. Ein erneuter Ausbruch kann nur dahin führen, die kaum errungene wirtschaftliche Besserung ernstlich und dauernd zu beeinträchtigen.

Mit Sozialdemokraten habe ich Nichts zu thun, welche jede Gelegenheit benutzen, das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, woraus allein das Heil beider erwachsen kann, zu Adren. Ich werde stets auf friedliche Weise für das Wohl der Arbeiter nach besten Kräften eintreten; doch bin ich nicht gewillt, mich und meinen Namen zu unbesonnenen, das Wohl der Arbeiter gefährdenden Handlungen benutzen zu lassen.

Diesemigen Personen, welche heute Aufregung unter den Bergleuten im Wahlkreise Bochum herbeiführen und schüren, gehören meiner Ueberzeugung nach nicht zu meinen Wählern, sie gehören vielmehr denjenigen Parteien an, die mich bis zum letzten Augenblicke aufs Heftigste bekämpften.

Berlin, 14. Februar 1891.
Hermann Müllensiefen,
Mitglied des Reichstages.

Nun wird er wieder in voller Gnade in den würdigen Kreis der nationalliberalen Schol- und Grubenbarone aufgenommen werden, wohin der würdige Glasfabrikant auch gehört. Daß seine Rechnung ihm bei gelegener Zeit am unangenehmsten Orte noch präsentirt wird, dafür kann Herr Müllensiefen uns ruhig sorgen lassen.

Die Bergarbeiter werden aber von dem Vorgehen des Herrn Müllensiefen mehr Profit haben, als wenn er das Ehrenpräsidium übernommen hätte; sie werden gelernt haben, daß nicht bei den großen Herren, sondern nur bei den Arbeitern ihre Sache in guten Händen ist. In diesem Sinne begrüßen wir es freudig, daß wir eine so interessante Charakterstudie machen konnten.

In Bezug auf den Erdemokraten Trabert wird uns von einem Demokraten, der ihn früher sehr gut kannte, noch geschrieben:

„Trabert war bekanntlich einer der Hauptagitatoren im kurhessischen Verfassungskampfe. Als die Führer desselben unter Oetker zum Nationalliberalismus abschwanken, schwankte Trabert nicht mit ab, schloß sich unserer großdeutsch-demokratischen Richtung an, korrespondirte und agidirte in diesem Sinne bis nach 1866 und ging dann nach Wien, wo er wahrscheinlich, nicht mit Oetker, aber mit der altheftischen Richtung in Verbindung getreten und durch diese reaktionär-orthodoxe Gesellschaft immer weiter nach rechts getrieben worden ist. Es soll ihm lange Zeit herzlich schlecht gegangen sein. Ich habe viele Jahre gar nichts von ihm gehört.“

Es ist immerhin höchst bedauerlich, daß ein talentvoller und einst populärer Mann wie Trabert so weit sinken konnte, daß er jetzt in Wien als antisemitischer Kandidat auftritt. — Man muß ihm den Spiegel seiner Vergangenheit vorhalten. Für so dumm halte ich die Merksal-Antisemiten in Oesterreich nicht, daß sie diese Befehrung eines Freidenkers und Demokraten für etwas Ausergewöhnliches durch äußere Noth Erzwungenes halten.“

So dumm sind sie freilich nicht, aber sie sind mit Bezug auf den sittlichen Werth ihrer Werkzeuge auch nicht wählerisch.

Der italienische Bismarck läßt es dementsprechend — auch er hat noch seine Presse — daß er der Regierung neulich, bei den von seinen „Freunden“ veranstalteten Kundgebungen in Palermo „seine Macht habe weifen wollen.“

Nun, was der Herr „gewollt“ hat, ist sehr gleichgiltig, jedenfalls hat er so gehandelt, als ob er noch Chef der Regierung, wenigstens einer Nebenregierung wäre. Der Gedanke des Hausmeierthums muß doch in unserer Zeit liegen. Daß nicht bloß ein deutscher, sondern auch ein italienischer Minister gleichzeitig Hausmeierthens zu spielen sich unterfangen, und die Rolle sogar, nachdem sie aus ihrem Amte weggeschickt sind, noch weiter spielen

welches Glend, ein Weib zu sein! Absolut keine Rücksicht, absolut keine Menschlichkeit. Beschämung und Demüthigung bis zu der letzten Stunde. Ein Verbrecher auf dem Schaffot konnte Schonen erwarten für seine Gefühle; eine Frau auf dem Krankenlager hatte Wahl, sich zu Tode martern zu lassen oder ihre Schamhaftigkeit dem ersten besten diplomirten Manne preiszugeben.

Und das wurde nicht anders; kein Weib auf Erden hatte den Muth aufzustehen und von so peinlichen Dingen zu reden. Fanny wollte kein Weib sein! Sie wollte nicht, sie wollte nicht! . . .

— Mama begann vom Jolleinnehmer zu reden. „Siehst Du, so geht's; Du hättest in Deiner warmen Stube sitzen können, mit Teppichen auf dem Fußboden und zwei Mädchen, um Dich zu bedienen; aber stolz muß man sein, und wenn Einem die Zunge heraushängt. . . nun liegt Da da! Jetzt thut's Dir wohl leid, was —?“ — Fanny mochte nicht antworten.

Etwas später kam Lea. Sie war lieb und freundlich. „Thorseng hätte sehr gern, wenn Du nun zu uns kämest“, sagte sie. „Ich brauche Gesellschaft, meint er, und Du könntest Dich uns nützlich und angenehm machen; natürlich erzieltest Du einen fixen Lohn und wärs Deine eigene Herrin. . . .“ — „Bitte, grüße mir Thorseng; ich lasse ihm schön danken. . . .“ — „Ja, hätte auch gern, daß Du kämest“, sagte sie und wandte den Blick zum Fenster hinaus; „Liebe, kannst Du es denn nicht thun? Du siehst ja, Du verträgst das Lebenstehen nicht.“ Fanny merkte, daß Lea es gut meinte; es traten ihr fast die Thränen in die Augen. „Danke, Lea; es ist außerordentlich hübsch von Dir; aber ich habe nun einmal Geschmach an der Selbständigkeit.“

Der Arzt rieth ihr ab, wieder ins Geschäft zu gehen. „Können Sie mich von der Lust kuriren?“ fragte Fanny. Der Doktor wurde heiter. — „Da müßte es keine Männer geben“, sagte er, „wenn ein Mädchen wie Sie deshalb ins Leben zu stehen brauchte!“ — „So“, sagte sie und wendete sich ab. Der Arzt sagte mit einem gewissen Nachdruck hinzu: „Es würde Ihnen nicht schlecht thun, wenn Sie heiratheten, Fräulein!“ — (Fortsetzung folgt.)

wollen, das ist ein Zusammentreffen, welches nicht rein zufällig erscheint.

Bekanntlich war in den Urzeiten der Monarchie das Hausmeierthum eine ständige Einrichtung. Sollte die Monarchie sich diesem Urzustand wieder nähern? Für einen Geschichtsforscher eine ganz interessante Studie. —

Die Größe der regelmäßigen Arbeitslosigkeit wird durch eine in Paris vorgenommene Erhebung illustriert. Der Pariser „Sozialist“ entnimmt dieser amtlichen Enquête folgende Daten: Von 8576 Arbeitern, die Angaben gemacht haben, arbeiten nur 1630, das sind weniger als 18 pCt., während des ganzen Jahres. Die todtte Saison, wo das Brot mit der Arbeit fehlt, dauert für 1340: 2, für 2221: 3, für 1813: 4, und für 1572: 5 und mehr Monate. Und trotzdem hat das französische Parlament den Achtstundentag nicht nur für die erwachsenen Arbeiter, sondern auch für Frauen und Kinder abgelehnt. Der Bourgeois verlernt die rücksichtslose und kurzfristige Wahrung seiner Interessen ebensowenig in der Republik wie in der Monarchie. —

In glänzender Weise haben die englischen Arbeiter ihre internationale Solidarität durch die That erwiesen. Sie haben dem Delegierten der australischen Auswanderer, unserem Genossen Fitzgerald, über 320 000 Mark nach Australien mitgegeben. 8 Arbeitervereinigungen haben allein über 257 000 Mark beigetragen! Dies ist ein leuchtendes Beispiel der Brüderlichkeit und Internationalität, aber auch ein Beweis der Kraft und Macht, über die englische Arbeiterverbände verfügen, denen gleich zu kommen wir bestrebt sein müssen. —

In den letzten Tagen haben in belgischen Industrie- und Arbeiterzentren zahlreiche Arbeiterversammlungen stattgefunden mit der Absicht, einen allgemeinen Streik zu organisieren, im Falle die Kammern die Revision der Verfassung verweigern sollten. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Arbeiter entschlossen sind, in den Streik einzutreten und einen Streikfonds gegründet haben.

Was wir von der Durchführbarkeit eines allgemeinen Streiks halten, brauchen wir unseren Lesern nicht zu wiederholen. Aber ganz abgesehen davon, erscheint uns eine größere Streikbewegung bei der heutigen Marktlage als ein mehr als gewagtes Unternehmen. In eine weitere Kritik der Absichten unserer belgischen Parteigenossen wollen wir uns nicht einlassen. —

Der internationale Sozialistenkongress wird, wie telegraphisch gemeldet wird, am 18. August d. J. in Brüssel zusammentreten und seine Sitzungen über acht Tage erstrecken. Der Generalsekretär der belgischen Arbeiterpartei macht bekannt, daß er in einigen Tagen Einladungen in französischer, englischer und deutscher Sprache erlassen werde. Alle Länder Europas, sowie die Vereinigten Staaten werden Delegationen zum Kongress schicken. —

Die Wahlen in Bulgarien, welche am 15. Februar stattfanden, bewiesen, daß sich Rußland in diesem Lande alle Sympathien verschert hat. Kein Freund Rußlands wurde gewählt. —

Die bulgarische Regierung hat den jüngsten Vorstoß der russischen Spindel diplomatie geschickt parirt, indem sie das Verlangen, die sogenannten „Nihilisten“ anzutreiben, wörtlich nahm und sich sämtlicher als „Nihilisten“ verkleideter russischer Spindel, so weit dieselben bekannt waren, entledigte. Alle sind freilich noch nicht aus dem Lande gejagt, aber doch eine beträchtliche Anzahl. —

Das Sekretariat des englischen Kolonialamts erhielt vom Londoner Informationsbureau für Auswanderer einen authentischen Bericht darüber, daß das Klima und die Lebensbedingungen für Arbeiter in den nördlichen Gebieten Brasiliens für britische Emigranten, sowohl Ackerbauer wie auch Handwerker und Dienstleute, durchaus untauglich seien. Das Sekretariat des Kolonialamts warnt daher in dringender Weise vor einer Auswanderung nach irgend einer nördlich von Rio de Janeiro belegenen Provinz Brasiliens. —

Sehr gnädig ist die „Königliche Volkszeitung“ — sie giebt nach Besprechung unseres Artikels über den Marx'schen Programmbrief festzuhalten zu, daß es vorerst noch nicht zur „Spaltung“ kommen würde. Man wird demnächst ein neues Programm aufstellen und die alten Streitigkeiten werden bald vergessen sein.“ Zum Schluß blüht dem kommenden Blatt aber ein milder Hoffnungsstrahl auf: „Ans gegenseitige Gurgelabschneiden wird es ergehen, wenn die Sozialdemokraten es jemals, wenn auch nur vorübergehend, zur Herrschaft kommen sollten.“ Nun, wir wollen's abwarten. —

Die hervorragende Mathematikerin Sofia Kowalewskii, deren plötzlichen Tod wir jüngst berichteten, war Sozialistin. Eine Tochter des russischen Generals Graf Cordun-Kowalewskoi, fühlte sie bald die Leere des Lebens der höheren Gesellschaft und sah das Glend der leidigenen Bauern auf den Beständen ihres Vaters. Sie empfand einen lebhaften Drang nach innerer Befreiung durch das Wissen. Und da sie von ihrem Vater die Erlaubnis zum Studium nicht erhalten konnte, entzog sie sich seiner Gewalt durch seltene Heirath mit einem Studiengenossen, dem späteren Paläontologen Kowalewskii. Sie studierte hierauf in Heidelberg, Berlin und Göttingen — die deutschen Hochschulen hatten damals ihre Thore den Frauen noch nicht verschlossen. Im Frühjahr 1871 war sie in Paris, wo sie die Bewegung der Kommune mit Interesse verfolgte und schließlich auch Gelegenheit fand, einem der unglücklichsten Opfer des Bürgerkrieges einen Dienst zu leisten. Ihre Schwester hatte sich mit dem Kommunemitglied Victor Jaclard verheiratet, der nach dem Siege der Versailler in Gefangenschaft gerathen war und in den Gefängnissen der Versailler Orangerie dem sicheren Tod entgegenah. Da machte sich die damals noch nicht zwanzigjährige Sofia Kowalewskii auf, überschritt die Linien des deutschen Belagerungsheeres und vernochte ihren Vater, selbst nach Paris zu eilen und sich bei den Militärgerichten für den Gefangenen zu verwenden. Die Fürsprache des russischen Generals bewirkte, daß man Jaclard, kurze Zeit ehe er vor das Todesgericht gestellt werden sollte, in der Stille entlassen ließ. Nach Deutschland zurückgekehrt, studierte S. K. weiter und erwarb den Doktorgrad. Ihr

hervorragendster Lehrer war Professor Weyerstrass in Berlin. Im Jahre 1883 wurde S. K. an die Hochschule Stockholm berufen, zuerst als Privatdozent, bald aber als ordentlicher Professor — die erste ihres Geschlechtes in Europa. Sie lehrte dort Mathematik, eine Zeit lang auch Mechanik. Bald wurde sie auch zum Mitglied der schwedischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Die gleiche Ehre widerfuhr ihr von der französischen Akademie, welche ihr für die Lösung einer schwierigen mathematischen Aufgabe einen Ehrenpreis von fünf-tausend Franken zuerkannte. Aber die hohen Begabungen dieser Frau beschränkten sich nicht auf die Wissenschaft, zu deren ausgezeichnetsten Vertretern sie zählte.

In ihren Mußstunden schrieb sie eine Reihe von Novellen, in denen sich ein hervorragendes künstlerisches Talent offenbarte. In Rußland, wo diese Erzählungen zuerst erschienen, stellte man sie den Werken Dostojewskis an die Seite, dessen Jugendfreundin S. K. gewesen ist. Eine deutsche Ausgabe verschiedener ihrer Arbeiten ist in Vorbereitung und dürfte dann besonders eine Nihilistengeschichte, deren Veröffentlichung in schwedischer Sprache unmittelbar bevorsteht, Aufsehen erregen. Sofia Kowalewskii hat durch die Macht ihres Geistes wie durch ihr glänzendes Wissen sich überall Anerkennung erlangt, auch bei denen, welche die Frau als unfähig zur Wissenschaft ansehen und sie nach alter Weise ins Haus einsperren wollen. So hat sie, wie schon berichtet, der preussische Kultusminister von Gopler wiederholt durch zu ihren Ehren gegebene Feste geehrt, auf denen sie nicht nur von den Größen der Wissenschaft, sondern auch von den Spitzen der offiziellen Gesellschaft bewundernd umdrängt wurde. In Stockholm wurde sie vom König Oskar in jeder Weise ausgezeichnet. Aber all dieser Glanz vermochte sie nicht zu betäuben. Und wenn sie auch infolge ihrer besonderen Wirksamkeit zu einer aktiven Betätigung ihrer politischen Anschauungen nicht kam, so vergaß sie doch niemals die Ideale ihrer Jugend. Sie blieb nicht nur bis ans Ende im Herzen Sozialistin, sondern schenkte sich auch keineswegs vor einer gelegentlichen Aussprache ihrer Ueberzeugung. Insbesondere verfolgte sie auch die Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie mit Interesse und hoher Sympathie; sie war mit einigen Vertretern derselben befreundet und stand mit denselben auch während der Zeit des ärgsten Druckes des Ausnahmezustandes hier in Berlin zur selben Zeit in Verbindung, als sie mit Minister Gopler, Professor Helmholtz, Dubois-Reymond, Lothar Bucher u. verkehrte.

Auch auf dem internationalen Sozialistenkongress von Paris 1889 war sie zugegen. Vor 14 Tagen war sie noch, aus Südbankreich kommend, auf der Durchreise nach Stockholm hier, frischer als je und voll von weitanschauenden Plänen. Eine kleine Erkältung auf der Reise führte eine Lungenentzündung herbei, welche nach kaum eintägigem Krankheitslager mit tödtlichem Ausgange schloß. Mit Sofia Kowalewskii ist eine wahrhaft hervorragende Erscheinung, eine wissenschaftliche Größe, eine Künstlerinatur, eine gegen jedes Vorurtheil klug und siegreich ankämpfende Frau, eine treffliche Freundin und eine für die menschheitliche Befreiung führende Sozialistin in der Vollblüthe ihrer Jahre dahingegangen. —

Parlamentarisches.

Petitions-Kommission.

Sitzung vom 15. Februar, Vorm. 10 Uhr.
Es wird vor Beginn der Beratung mitgeteilt, daß die Petition der Wittve Dohrendach durch die sofortige Entlassung des Sohnes der Wittve vom Militär, nachdem die Regierung nochmalige Untersuchung der Lage vorgenommen und die Angaben der Petition bestätigt fand, erledigt sei. — Petitionen, die Regelung der Weinpreise betreffend, wofür festgestellt wissen, was man als reinen Wein anerkennen habe. Die Weigen von Alkohol, Zucker u. s. w. seien so verschieden, daß es notwendig sei, eine endgiltige Entscheidung zu treffen, welche die Deklaration über die Zusage, welche Weinverfeiner dem Wein begeben dürfen, fordert. Nachdem im Plenum des Reichstages die Frage bereits angeregt wurde und der Regierungskommissar die Erklärung abgab, daß die Regierung in der Beratung eines dem Reichstag vorzulegenden Gesetzentwurfs begriffen sei, wird das Petition dem Reichskanzler als Material für die Gesetzgebung überwiesen. Daraus folgt eine Debatte über die Petitionen der Zuspiegner, welche den ganzen weiteren Theil der Sitzung ausfüllt. Die Debatte führt eine Anzahl Redner ins Feld, von denen für Verbeibaltung des Zuspiegens die Herren Abgg. Dr. Höffel, Dr. Bieschel, Graf Ratuschka, Gulshch, ebenso die Regierungskommissare Dr. Köhler, Dr. Hopp, Dr. Petri und Dr. Werner eintreten, während die Abgg. Dr. Schäbler, Jentura, Geper, Sozialdemokrat, Münch, Freyherr und Schwarz, Sozialdemokrat, eine genauere Prüfung der Frage fordern. Drei Anträge werden zur Abstimmung gebracht. Einig ist die Kommission darin, daß die Frage mittels schriftlichen Berichtes vor das Plenum gebracht wird, dagegen beantragt Abg. Geper, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Abg. Dr. Schäbler will sie dagegen nur zur Kenntnismache überreicht wissen und Dr. Bieschel stellt den Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung. In der Abstimmung wird der Antrag Geper's gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten verworfen, der Antrag Dr. Schäbler dagegen mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Osterviel. Auf zum Kampfe gegen die gemeingefährliche Uebertreibung der Sozialdemokratie! Das ist jetzt das Heldengeschehen der Schwarzröcke. So wurden in der Schule zu Osterviel unter den Kindern Flugblätter vertheilt, worin aufgefodert wird, das kleine Häuflein der frommen Schale solle sich zusammenschließen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Die sächsische Provinzialgenossenschaft erkennt nur hierin das wirkliche Radikalmittel zu unserer Ausrottung. Nun, wir haben gesehen, daß trotz 14jähriger Dauer das Sozialistengesetz, trotz Anwendung aller verfügbaren Mittel man es nicht vermocht hat, uns auch nur einen Schritt auf unserer Bahn zurück zu drängen und es wird sich die sächsische Provinzialgenossenschaft daselbst Armuthsgegenwart ausstellen lassen müssen, welches sich die Verehrer des Sozialistengesetzes angestellt haben. Wir wissen ja, welche Weisheit Kinder zu solchen Versammlungen beweisen werden. Die Wagenfrage geht an diesen Feldern im Lohr fast vorüber, für sie ist und wird genügend gesorgt, aber wir müssen für uns selbst sorgen. Deshalb rufen wir diesen Herren zu: Den Sozialismus in seinem Lauf, halt auch kein Kirchenpater auf.

Burgdamm. Die Ausgesperrten Deutschlands, mit dieser Tagesordnung fand am Sonntag, den

8. d. M., in Burgdamm eine öffentliche Volksversammlung statt. Herr A. Kerl aus Bremen leitete das Referat ab. Neben führte die Arbeiterbewegung Englands als Beispiel an, dort hätten die Arbeiter Koalitionsrecht schon im Jahre 1825 erhalten, welches, so wie hier, von den bestehenden Klassen nicht anerkannt wurde. Durch jahrelange schwere Kämpfe hätten es die Arbeiter doch schließlich so weit gebracht, daß es nun voll und ganz anerkannt würde. Neben schildert die deutschen Zustände und hebt besonders die Aussperrung der Hamburger Tabakarbeiter hervor, welche sich bis jetzt mustergiltig gehalten hätten und forderte auf, reichliche Beiträge zu geben, damit den Gesetzesverlethern, wie er die Fabrikanten und Unternehmer bezeichnete, nicht der Sieg werde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht mit aller Energie für die Ausgesperrten einzutreten und zwar in der Weise, daß jeder Versammlungsteilnehmer sich verpflichtet, einen freiwilligen Beitrag, der durch eine zu wählende Kommission jede Woche abgeholt wird, zu leisten. Es wurde eine Kommission von vier Mann gewählt und dann die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Hier wurde schon früher für die Ausgesperrten gesammelt. Das Sammeln wurde der Polizei denunziert und die Folge davon war Hausdurchsuchung bei den betreffenden Genossen. Es wurde aber nichts gefunden. Geld und Listen, welches den Morgen zur Post gegeben, wurde beschlagnahmt und die beiden Genossen mit einem Strafmandat wegen unerlaubten Sammelns mit 10 Mark bedacht. Es ist gerichtliche Entscheidung beantragt. Es ist gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Herr Vorstand scheint es jetzt auch auf unsere Vernichtung abgesehen zu haben. Zellerfammlungen, freiwilliges Entree, Alles wird verboten; wird ihm auch nichts nützen, wir schreiten trotzdem vorwärts.

Soziale Ueberblick.

Achtung Tischler Verleumd! Hierdurch fordert die Fünferkommission der Tischler Berlins alle diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze von Listen für die auswärts streifenden Tischler Deutschlands oder von Listen zur Deckung der Unkosten für die Beschickung des deutschen Tischlerkongresses in Hannover sind, zum letzten Male auf, dieselben bis Freitag, den 20. Februar, Abends abzuliefern. Sonst werden die Namen der betreffenden Kollegen in nächster Woche öffentlich bekannt gegeben werden. Abzuliefern sind die Listen, ob leer oder gezeichnet an Kollege Rohlfeld, Orantenstr. 171, vorn 3 Tr. Im Auftrage der Kommission H. Millarg, Tischler, Lehrterstr. 22. II.

Bischhoffstein. Hier in der Herkall-konservation Gegend sieht es sehr traurig aus. Arbeitsmangel, Hunger und Glend, das sind die drei Faktoren, die hier zu Hause sind. Und ist ein bisschen Arbeit da, so heißt es, dieselbe unter schweren Entbehrungen und Hunger ausführen.

Da ist z. B. das Steinklopfen; da geht der Arbeiter früh um 5 Uhr von Hause und kommt Abends um 10 Uhr zurück. Er hat 17 Kilometer weit zu gehen bei 60—70 Zentimeter tiefem Schnee und 18—20 Grad Kälte. Das Essen besteht: früh Pellkartoffeln und Wasseruppe, Mittags für 15 Pf. Kornbranntwein und ein Stückchen trockenes Brot, Abends Pellkartoffeln und Wasseruppe. Es wird in Alford gearbeitet. Verdienst den Monat 12 M., denn es giebt nur alle Monate Geld. Verschidene verdienen noch weniger.

Die Arbeiten wurden ausgeführt beim Dorf Rinten bei Wartenstein.

Ferner ist das Abhauen der Bäume in den königl. Forsten bei Bischhoffstein; zwar keine angenehme Beschäftigung, aber die Leute sind froh und lassen sich schon Alles gefallen, damit sie nur etwas verdienen. Da muß der Arbeiter auf die mit Schnee und Eis bedeckenen Bäume klettern und Keste abschneiden. Sind sie abgeknitten, werden sie zusammen auf einen Haufen getragen. Ein Haufen hat die Größe von einer Fahre. Es wird auch im Alford gearbeitet und dann giebt's für solchen Haufen 20 Pf. Da verdient ein tüchtiger Arbeiter die Woche 1 M. bis 1.50 M. bis 2 M., im Sommer auch mal 3 M. Arbeitszeit von früh, wenn's Licht wird, bis Abends, wenn's finster wird. Bei jeglicher Zeit gehen die Leute bis an den Leib im Schnee. Die jungen Bäumchen, die einen Meter groß sind, stecken Handbreit aus dem Schnee hervor. Die Arbeiter stehen bis an den Leib in Schnee und vergehen so ihr am Feuer gewärmtes Essen. Kommt der Arbeiter Abends nach Hause, dann sind die Kleider steif gefroren. Es ist zu bewundern, daß die Leute dies aushalten.

Ein Knecht verdient hier das Jahr über 18 Thaler bares Geld, außerdem bekommt derselbe 2 Kartoffelboote, 4 Hemden, 2 Hosen, 1/2 Scheffel Weiz getät zu Koch. Das Alles zusammen 18 Thaler gerechnet, oder pro Tag ungefähr 14 Pf. bei 16 bis 18 stündiger Arbeitszeit.

Das Krankenlastergesetz scheint auch in dieser Gegend Extraparagraphen zu haben, denn die Kranken bekommen erst Krankengeld, wenn sie gesund sind und zwar die Woche 3 Mark.

Die Schulverhältnisse sind hier schlecht, denn in 3 Mädchenklassen unterrichten nur 4 Lehrer. (1)

Versammlungen.

Friedrichsberg. Eine am Montag Abend im „Schwarzen Adler“ hieselbst unter der Leitung des Genossen Lange tagende öffentliche Volksversammlung nahm einen Vortrag des Genossen Appel-Berlin über den Kampf gegen die Sozialdemokratie durch die Schule“ mit vielen Beifall entgegen. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich auch die von hier seiner Zeit ausgewiesenen Genossen Weinhardt und Weder beteiligten, erhaltete Genosse Lange Bericht über die Arbeiten der in einer vorigen Versammlung gewählten Kommission betr. Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins für Friedrichsberg. Das verlesene Statut wurde ohne Aenderung akzeptirt und ein provisorischer Vorstand aus den Genossen Lange, Hopp und Ad. Schulze gebildet. Ueber 100 Mitglieder zeichneten sich sofort ein. Unter „Verschiedenem“ wurde noch eine Resolution, die das Bedauern der Versammlung über das Verhalten des Genossen Liebknecht gegenüber dem Boykott über die Philharmonie ausdrückt, zur Abstimmung gebracht und mit großer Majorität angenommen. Gen. Lange machte noch auf das zum April erscheinende Partei-Organ für die Kreise Nieder- und Ober-Harnim in Teltow aufmerksam und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die auch von Frauen zahlreich besuchte Versammlung.

*) Die Philharmonie-Erhaltung ist sehr überflüssig. Ueber die Boykottfrage an sich herrscht absolute Einmüthigkeit, und daß ein Boykott streng zu handhaben ist, das versteht sich von selbst. Es handelt sich im vorliegenden Fall nur um ein bestimmtes Lokal, in Bezug auf welches Meinungsdivergenzen bestehen; und Liebknecht, der beiläufig in Deutschland wohl früher als irgend ein Anderer für das Boykottsystem thätig gewesen ist, hat noch ehe die Frage neuerdings in die Öffentlichkeit kam, an die Lokalkommission den Antrag gerichtet, die Sache vor die Berliner Arbeiter zu bringen. Nächsten Freitag Abend wird eine Volksversammlung zu diesem Zweck tagen und dann wird man sich zweifellos nach der einen oder andern Seite hin einigen. Wozu als die Erhaltung? Die Redaktion.

Theater.
 Mittwoch, den 18. Februar.
 Opernhaus. Don Juan.
 Schauspielhaus. Der neue Herr.
 Festsing-Theater. Die Ehre.
 Berliner Theater. Wehe den Besiegten.
 Deutsches Theater. Die Kinder der Erzelen.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Meisner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.
 Wallner-Theater. Mih Selyett.
 Residenz-Theater. Der selige Loup.
 Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
 Sellenkianco-Theater. Pension Scholler.
 Abend-Theater. Maria Stuart.
 Adolph-Ernst-Theater. Adam und Eva.
 Schomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
 Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.
 Friedrich-Karl-Platz.
 Mittwoch, den 18. Februar,
 Abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung
 mit neuem, vorzüglich gewähltem Programm.
 Unter Anderem: Damen-Hurdle-Race, ger. von 12 Damen mit engl. Halb- und Vollblutpferden. Mr. Royal als Jockey. Gebr. Vermaut, mus. Entree. Rainard, engl. Vollblut, in der hohen Schule ger. von Hl. Adele Schumann. Miss Taylor, Galopp-Vollblut. Apportierpferd Said, vorgeführt von Herrn Max. Reitkünstlerin Frau. Rosa Gerard. Rom. Entrees des Clowns Tom Felix. 2 Athleten zu Pferde, Max Schumann und Melas. Schulpferd Adonis, ger. von Herrn Ernst Schumann u.
Circus unter Wasser.
 Eine ländl. Hochzeit.
 Sensationelle Wasserpantomime.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
 Margarethe Steinow, Piederjängerin.
 Paul Jälich, Gesangs-Humorist.
 Mr. Goswin, Musik. Neger-Clown.
 Fr. Bonn, Koffim-Soubrette.
 Gebr. Corradini, Tanz-Duettkisten.
 Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliment Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Hödman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Hagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Fängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor G. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.
 Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:

Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlin
 Andreasstr. 23, S. P.

Am 18. Februar feiern die Karl Wolohardt'schen Eheleute, Koppenstr. 88 die silberne Hochzeit. 39b

Todesanzeige.
 Sonntag, den 15. Februar, Morgens 6 1/2 Uhr, verstarb nach langen und schwerem Leiden mein innig geliebter Mann
Karl Hermann Ruscher
 in seinem 40. Lebensjahre.
 Die tiefbetäubten Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Petri-Gemeinde, Friedenstr. 82, aus statt. 595b

Freie Vereinigung der Zimmerer.
 Allen Mitgliedern und Freunden zur Nachricht, daß unser Freund u. Genosse
Wilhelm Schulz
 am Sonntag, den 15. d. M., an der Proletariatskrankheit verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachmittags 1 Uhr, vom Städtischen Krankenhause (Moabit) aus statt. Um rege Beteiligung bittet
 Der Vorstand. 852

Danksagung.
 Für die überaus freundliche und zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung meines so früh verstorbenen Gatten sage hiermit allen Erschienenen, insbesondere den Mitgliedern der „Typographia“, meinen tiefgefühlten Dank. Die trauernde Witwe. Alma Knüppen nebst Kind. 535b

Danksagung! Allen denen, welche beim Begräbnis meines unvergehligen Mannes, des Maurers Friedrich Görs, so herzliche Teilnahme bewiesen haben, besonders den Maurern und Arbeitern nebst Gewerksarbeitern der Ludw. Schweschen Gewerksfabrik in Moabit, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Witwe Marie Görs, geb. Schüler, nebst Mutter und Geschwister. 537b

Danksagung.
 Meinen herzlichsten Dank sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Polieren, Maurern und Kollegen meines so jäh aus dem Leben geschiedenen Mannes, des Steinträgers Friedrich Schröder, für die große Teilnahme und für die reichen Kranzspenden. Auch dem Gesangsverein Fidelitas sage ich meinen Dank.
 Die trauernde Witwe.
 Caroline Schröder u. Sohn.

Elegante Einsegnungs-Anzüge in Tuch und Kammgarn
 blau und schwarz von 16 Mark an.
 Gleichzeitig mache meine geehrte Kundschaft darauf aufmerksam, daß die Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommersaison bereits eingetroffen sind, und mein fertiges Lager
eleganter Herren- und Knaben-Anzüge
 aufs Reichhaltigste ausgestattet ist.
Julius Lindenbaum
 139. Frankfurterstr. 139.
 Zweites Haus an der Fruchtstraße.
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. 188L

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert Acker brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt. (746)

Nur 1 Mark
 kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 23 L.
 Lager aller Arten Uhren.
 Betten, Ringe u.
Otto Eleser,
 Uhrmacher (Fachmann),
 Haunysstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe
E. Vogtherr, Berlin O.,
 Landobergerstr. 61, am Alexanderpl.
 Stephanstr. 16 (Moabit). (188L)
 Sonntags geschlossen.

Anstich am 21. Februar 1891. **Berliner Original-Bockbier** Anstich am 21. Februar 1891.

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
 Vom 21. Februar cr. versenden wir an Privat-Kunden unser „Berliner Original-Bockbier“ in kleinen Gebinden und Flaschen die 1/8 Tonne zu Mk. 4,50, 1/4 Tonne Mk. 9,—, 1/2 Tonne Mk. 18,—, 1 Tonne Mk. 36,—. „Berliner Original-Bockbier in Flaschen“ nur echt mit in die Flaschen eingelassenen 2 Wäden! Wir liefern wir 20 Flaschen für 3 Mark frei Haus. Pfand wird nicht berechnet, die Flaschen bleiben unser Eigentum und sind nicht verkäuflich.

Nach außerhalb liefern wir das „Berliner Original-Bockbier“ in gleichen Gebinden und zu gleichen Preisen wie oben und in Kisten à 50 Flaschen (inklusive Pfand Mk. 12,50 frei Bahnhofs hier gegen Nachnahme. Bei freier Rücksendung zahlen wir 5 Mk. Pfand für Kiste und Flaschen zurück.

Plakate sind nur echt Berliner Bockbrauerei, SW., Tempelhofer Berg. mit unserer Firma: Telephon-Anschluß: Amt VI Nr. 4419.

Zur Feier des Anstichs 1891 am Sonnabend, den 21. Februar
 bei großem Eröffnungs-Concert, ausgeführt vom Musik-Korps des 1. Garde-Drägoner-Regiments (Königin von England) unter Leitung des Herrn Voigt

in den festlich dekorierten Sälen **Alt-Berlin auf dem Bock!** Humoristisch historische Rück-Erinnerung.

Anfang 5 Uhr.
Sonntag: Grosses Doppel-Concert,
 ausgeführt von dem Musik-Korps des 1. Garde-Drägoner-Regiments und des 4. Garde-Regiments zu Fuß. Anfang 4 Uhr. 108L

Achtung! Tischler

Den Kollegen Berlin's zur Nachricht, daß die Kollegen der Werkstatt von Demis, Bismarckstr. 7 am 17. Februar sämtlich die Arbeit niedergelegt, weil dieselben schon seit Weihnachten nicht mehr als 4, 7, bis 15 Mark die Woche erhalten haben. Wir bitten die Kollegen dies zu beachten. 812
Die Werkstatt-Kontroll-Kommission des Fachvereins der Tischler.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.

Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Bolzmann, Andreasstr. 23.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Wilh. Werner über das Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetz.
 2. Anträge des Vorstandes zum Statut.
 3. Abrechnung vom Stiftungsfest.
 4. Verschiedenes.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Gäste willkommen. 191
 Der Vorstand.

Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen, Zahlstelle Berlin.

Berjammlung
 Mittwoch, 18. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Gnadt, Brunnenstr. 38.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die stellen sich die Mitglieder der Zahlstelle zu dem Eingangs in Nr. 3 der „Deutschen Mechaniker-Zeitung.“
 4. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Die Kollegen im Norden Berlins werden besonders auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.
 237 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Les- u. Diskussions-Klub „Emanzipation“.
 Mittwoch, den 18. d. M., bei Wagner, Neue Königstr. 89: 209

Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 Vereinsangelegenheit. Verschiedenes. Fragekasten. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Allen Freunden u. Genossen zur Anzeige, daß ich meine Nähmaschinen-Handlung und Reparatur-Werkstatt von der Adalbertstraße 68 nach der Wrangelstr. 83 verlegt habe.
 510 b Fritz Günther.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 25, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Rohtabak! Beste Auswahl sämtlicher Sorten.
 Billigste Preise. (36L)
 Eberhard Herz, Prinzenstr. 38.
 152 Schönhauser Allee 152
 15 kleine Wohnungen. 101L
 Stube u. Küche. — 2 Stuben u. Küche.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstraße 3.
 Von und ist zu beziehen:
Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.
 Von
Moritz Rittinghausen.
 4. Auflage. 8° Preis broschirt 2,50 Mk.
 Das Rittinghausen'sche Buch bildet eine vortreffliche Anleitung für Jeden, der sich mit der Frage der direkten Gesetzgebung näher beschäftigen will. Dem Verfasser gebührt das Verdienst, die direkte Gesetzgebung in Deutschland populär und in ihrer vollen Bedeutung verständlich gemacht zu haben. Besonders den Vereins-Bibliotheken empfehlen wir das Buch zur Anschaffung.

F. Nietsch jr., Hoffschlächter-Meister,
 Berlin, Friedrichstr. 245, 2. Geschäft: Wilhelmstr. 109/110, Ecke Anhalterstr.
 empfiehlt neben allen Sorten seiner Würst- u. Fleischw. als Spezialität:
Casseler ohne Knochen à 80 Pf.
Casseler Rippespeck,
Wiener Würstchen à Paar 15 Pf.
Braunschweiger Rothwürst,
Blasen-Schinken à Pfd. Mk. 1,30, sowie
 den wegen seines milden Geschmacks und leichter Verdaulichkeit zumal Magenleidenden sehr zu empfehlenden
Lachs-Schinken.
 Versandt auch nach auswärts prompt.

Berlin S. **A. Schulz** Berlin S.
 34 Wasserthor - Straße 34. 100 L.
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
 Gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Constante Zahlungsbedingungen.

Überall bacterienfrei!
 verlange man
 Tobias'sche
 flüssige
 Chokolade
 à Flasche Fabrik Berlin O., Blumenstrasse No. 70.
 5 Li 15 Pf. Fernsur. 7 b Nr. 610.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstrasse 3.

In unserem Verlage erschien soeben in neuer Auflage:
Nieder mit den Sozialdemokraten!
 Von
Wilhelm Bracke.
 2 Bg. 8. Preis 10 Pf. (100 Exemplare 8 Mk.)
 Die vorstehende Schrift Bracke's hat sich als sozialdemokratische Agitationschrift vortrefflich bewährt. In mehreren hunderttausend Exemplaren bereits verbreitet, mag dieser beispiellose Erfolg den Parteigenossen ein Ansporn zu deren immer ausgedehnterer Verbreitung sein.

gegen soll. Im Uebrigen empfiehlt er die Annahme des Antrags Caneccerus.

Abg. v. Hüne (Z.): Das Nächstwendigste gegen den Antrag Richter ist von Herrn v. Hedlich bereits ausgeführt worden, deshalb kann ich diesen Antrag auf sich beruhen lassen. Doch die Progression bis zu 4 v. H. geht, hat man als Konzeption bezeichnet; das ist durchaus nicht richtig. Ich würde mich selbst nicht verstehen, wenn ich für einen Antrag stimmen sollte, der eine Herabsetzung der Steuererträge bewirkt. (Beifall rechts.)

Abg. Freisen-Dorke (Z.): Wir müssen uns möglichst an den bestehenden Tarifen anklammern, um nicht allzu sehr ins Ungegriffene zu geraten, deswegen wäre mir die Regierungsvorlage das Beste. Denn die Kommissionsbeschlüsse sind bedenklich wegen der Heraushebung des höchsten Steuerjahres auf 4 v. H.; mit demselben Recht könnte man auch bei 200 000 Mark Einkommen auf 5 v. H. kommen. Mit 4 v. H. tritt Preußen an die Spitze aller Staaten.

Abg. Sattler (natl.): Die Vorlage hat den Fehler, daß sie die mittleren Einkommen zu stark heranzieht. Die Kommission hilft diesem Mangel etwas ab; eventuell wäre auch der Antrag Caneccerus annehmbar. Aber ganz verwerflich ist der Antrag Richter, weil er ganz offenbar eine Mehrbelastung der unteren Stufen herbeiführt. Die Erhöhung der Steuer über 3 v. H. hinaus kann ich nicht billigen, namentlich auch, weil dadurch die Vermögensverhältnisse und damit die Kapitalisten der kleinen Leute getroffen werden; ferner weil dadurch die Kommunalbesteuerung und das Wahlrecht verschoben wird. Die Vektierung mit 4 v. H. wird eine ganze Anzahl von Leuten bewegen, ihren Wohnsitz aus Preußen zu verlegen in andere deutsche Städte. Um die richtige Wirkung der Selbstbeschränkung zu erproben, sollte man über den jetzigen höchsten Steuerfuß nicht hinausgehen.

Abg. Mikert (Nat.): Bei der ersten Lesung wurde von allen Seiten, auch vom Finanzminister anerkannt, daß der Entwurf einer Korrektur in Bezug auf die mittleren Einkommen bedürfe. Dem gegenüber sind alle Reden über Gerechtigkeit u. leere Worte. Deshalb hat die Kommission denn diese Entlastung der mittleren Einkommen nicht herbeigeführt? Die Entlastung der Mittelklassen um 55 000 Mark ist doch nicht der Rede werth. Die Entlastung der Kommission ist in Aussicht gestellt; wie soll diese Entlastung erfolgen? Darüber ist gar keine Aufklärung gegeben. Steuern sind nicht notwendig, woju also 15 bis 30 Millionen Mark neuer Steuern? Was soll damit geschehen? Die allgemeine Antwort „günstliche Steuerreform“ ist mir nicht genügend. Man wolle das Geld in den Staatskassen legen und nachher erst über die Verwendung in Verhandlungen treten. Der Finanzminister sagte mir: Auch wenn ich es wählte, welche Reformen ich machen will, so würde ich es nicht sagen. (Zuruf: Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer!) Was bedeutet denn diese Ueberweisung? Wem soll es gegeben werden? Den Provinzen oder den Kreisen? Diesen kann es nicht überwiegen werden.

Schweizer Finanzrath Wallach: Daß der Kommissionsbeschluss nur eine Ermäßigung von 55 000 Mark im Ganzen bietet, ist richtig; aber für die Stufen von 3000 bis 9000 Mark ergibt sich eine Ermäßigung um 2 1/2 Millionen Mark oder von 12 1/2 v. H. Der Antrag Mikert würde, wie ich behauptet habe, eine Mindereinnahme von 6 1/2 Millionen Mark ergeben.

Abg. Caneccerus (natl.): Mein Antrag hat einen ganz anderen Charakter als der Antrag Richter, welcher eine erhebliche gleichmäßige Herabsetzung des Steuertarifs verlangt. Dadurch wird ein sehr großer Theil der Ueberschüsse wegschaffen, welche zur Durchführung der gesamten Steuerreform, zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden erwarten. Wenn erst bei 30 000 M. die Steuer 3 v. H. betragen soll, dann ist es nicht richtig, ein Einkommen von 4500 M. schon mit 2 1/2 v. H. zu besteuern.

Abg. Peters (natl.) erklärt sich für den Antrag der Kommission, auch für die Steigerung der Steuer bis auf 4 v. H.; er sieht darin kein Hinderniß für die Einführung der Deklaration, wie sein Fraktionsgenosse Sattler.

Abg. Richter: Wenn wir bei diesen Gesetzen die Quotifizierung nicht durchzuführen wollen, wann soll denn die Zeit dazu gekommen sein! Der Finanzminister behauptete, ich hätte mich mit mir selbst in Widerspruch gesetzt; er ist aber den Beweis dafür schuldig geblieben. Mein Tarif führt nicht zur Mehrbelastung der unteren Klassen, wie behauptet worden ist; die Entlastung wird nur etwas geringer sein, als bei den anderen Anträgen.

Finanzminister Miquel: Herr Richter hat sich in Widerspruch gesetzt mit sich selbst, indem er durch seinen Antrag eine stärkere Belastung der unteren Stufen herbeiführt. Wenn er sich damit tröstet, daß die anderen Anträge dasselbe thun, nur mit einem niedrigeren Prozentsatz, so ist darauf zu bemerken, daß beim Zahlen es immer auf den Prozentsatz, nicht auf das Vermögen ankommt. Von 15 Millionen Mark Mehreinnahme habe ich gar nicht gesprochen. Ich habe gesagt, ich glaube nicht daran, daß im ersten Jahre 15 Millionen Mehreinnahme eintreten. Ich soll mich ausgeprochen haben über die lex Huene. In den gedruckten Motiven steht, daß die lex Huene mit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer verschwinden soll.

Abg. v. Gneiß (natl.) tritt für den Antrag Vogen ein, welcher die Ueberweisung der Steuererträge von 3 v. H. befristet.

In der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt. Der Antrag Richter gegen die Freistimmigen, einiger Zentrumsleute und der Pöner; der Antrag Mikert gegen die Stimmen der Freistimmigen, einiger Zentrumsleute und der Nationalliberalen von Caneccerus und Schulz (Wohum); der Antrag Caneccerus gegen die Stimmen der Freistimmigen, eines großen Theils der Nationalliberalen und einiger Zentrumsleute; der Antrag Vogen gegen die Stimmen des kleineren Theils der Nationalliberalen und einiger Progressiven. Die Kommissionsvorlage gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme.

Abg. Parisius beantragt einen neuen § 17 a, wonach die Genossenschaften und Konsumvereine bei Berechnung der Steuer als Einkommen nicht anrechnen sollen die Ausgaben für gemeinnützige Zwecke, die Beiträge, welche als Rabatt oder Dividende für Waarenverkäufe vertheilt werden, sofern sie 50 M. nicht übersteigen; die Steuer soll, soweit die Dividende 50 bis 200 M. für jeden Genossen beträgt, nur 1 v. H. betragen. Der Rest soll nach dem Tarife versteuert werden. Der Antragsteller weist darauf hin, daß der Gewinn bei Genossenschaften und Konsumvereinen eigentlich gar kein steuerpflichtiges Einkommen sei. Außerdem liege die Sache so, daß die meisten Genossen in den niedrigeren Einkommensstufen mit einem Steuerjahre von weniger als 3 oder 4 v. H. besteuert werden, während der Gewinn aus der Genossenschaft im Ganzen mit 3 oder 4 v. H. besteuert wird.

Generaldirektor Burghart bittet den Antrag abzulehnen, weil er der Gerechtigkeit nicht entspreche; dasselbe Vorrecht, welches für die Genossenschaften in der Besteuerung beansprucht werde, könnten die Aktiengesellschaften auch verlangen.

Abg. Parisius: Die Gerechtigkeit der Vorlage führt dahin, daß Hunderttausende von Steuerzahlern, welche eigentlich gar keine Steuern zahlen, hier besteuert werden wie die Millionäre mit 3-4 v. H. Ich ziehe den Antrag für jetzt zurück und behalte mir vor, ihn für die dritte Lesung wieder einzubringen.

Nach § 18 sollen für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren bei Einkommen bis 5000 M. je 50 M. in Abzug gebracht werden; bei drei oder mehr unselbständigen Familienmitgliedern soll die Ermäßigung auf jeden Fall um eine Stufe sinken.

Abg. Schmieding beantragt, diese Vergünstigung beim Vorhandensein von vier und mehr minderjährigen unselbständigen

Familienmitgliedern auch auf die Einkommen von 3000-4000 M. auszudehnen.

Abg. Richter will überhaupt die ganze Vergünstigung für alle Einkommen bis 5000 M. und für minderjährige Kinder einführen.

Geh. Finanzrath Wallach widerspricht beiden Anträgen.

§ 18 wird unverändert angenommen.

Nach § 19 können besonders die Leistungsfähigkeit beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigt werden bei Einkommen bis zu 5000 M., aber die Ermäßigung darf höchstens um drei Steuerstufen erfolgen.

Abg. Mies fragt, ob die Veranlagungs-Kommissionen gezogen sind, solche beeinträchtigte Leistungsfähigkeit unter allen Umständen, wenn die in der Vorlage enthaltenen Fälle: Verletzung durch Unfall und Erziehung der Kinder, durch Unterhaltung mittelloser Angehörigen u. s. w. eintreten.

Finanzminister Miquel: Die Kommissionen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, Berücksichtigung eintreten zu lassen, sie haben jedesmal die Lage des Falles zu prüfen.

§ 19 wird angenommen und darauf die weitere Beratung um 4 Uhr bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Von den Berliner Volksschul-Kasernen. Die „Fürsorge“ der Berliner Stadtverwaltung für die Volksschulen gehört zu den Märgen, welche schon längst nicht mehr geglaubt werden, und wenn doch noch in irgend einem kindlich-barmherzigen Gemüthe eine Spur von jenem Wahn verborgen gewesen sein sollte, so ist er durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate völlig zertrümmert und endgiltig beseitigt worden. Das Verhalten der Magistratsverordneten und der „freistimmigen“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber den Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf unentgeltliche Lieferung der Lebensmittel und auf ärztliche Untersuchung des Gesundheitszustandes der Kinder in den Gemeindeschulen hat auch dem Blödesten die Augen geöffnet.

Von Seiten des Magistrats wurde damals behauptet, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder ein durchaus befriedigender sei und daß von ungesunder Luft oder von Zusammenpressen der Kinder in den Klassen keine Rede sein könne. Wir haben bereits früher an der Hand authentischer Veröffentlichungen nachgewiesen, daß die Klassenräume thatsächlich vielfach überfüllt sind. Jetzt wirft der Umstand, daß sich unter den am 1. April 1891 neu zu eröffnenden Gemeindeschulen eine Doppelschule (in der Südlicherstraße) mit 42 Klassen befindet, wieder einmal ein grelles Licht auf den Uebelstand, daß nicht nur eine zu große Zahl von Kindern in den einzelnen Klassen, sondern auch eine zu große Zahl von Klassen in den einzelnen Schulen zusammengedrängt wird; denn die beiden Schulen in der Südlicherstraße bilden zwar eine Ausnahme, aber leider keine bessere.

Am 1. Juni 1890 bestanden 184 Gemeindeschulen mit 3104 Klassen. Im Durchschnitt kamen also auf jede Schule beinahe 17 Klassen. 11 Schulen hatten über 20 Klassen, darunter die 100. 23 Klassen, die 87. 25 Klassen und die 21. 26 Klassen. Die Mindestziffer von 10 Klassen fand sich nur in zwei Schulen, in der 147. und 157. Aus diesen Ziffern ergibt sich, in Verbindung mit der Ueberfüllung der einzelnen Klassen, daß die Zahl der Schulkinder auf manchen Schulen ins Ungemessene steigen muß. Im Durchschnitt wird jede Gemeindeschule von 499 Kindern besucht. Diese Ziffer ist schon hoch genug, wenn man bedenkt, daß auf den 8 1/2 Stunden Lehrstunden die Schülerzahl selten über 600 hinausgeht und selbst auf dem ganz ausnahmsweise stark besuchten Igl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium am 1. Februar 1890 nur 808 betrug. Nun wird aber die Durchschnittszahl von 499 Kindern thatsächlich in den meisten Gemeindeschulen überschritten. Unter 184 Schulen waren am 1. Juni 1890 nur 9 mit weniger als 600, davon eine einzige mit weniger als 500, nämlich die 182. mit 495 Kindern. Dagegen waren 78 Schulen — also über 41 pCt! — mit mehr als 1000 Kindern, davon 22 mit mehr als 1100, 8 mit mehr als 1200 und 3 mit mehr als 1300, nämlich die 100. mit 1322, die 21. mit 1306 und die 87. mit 1373 Kindern!

Und da wagt man noch zu behaupten, daß der Aufenthalt in diesen Klassenräumen nicht gesundheitsfördernd, sondern im Gegentheil noch gesundheitsfördernd sei! Die Kinder müssen bei diesen Zuständen nicht nur während des Unterrichtes der frischen Luft, sondern auch in den Pausen der freien Bewegung entbehren. In den Klassenräumen, auf den Korridoren, Fluren und Treppen kann ohnedies von Bewegung nicht die Rede sein, und die Höfe, welche selten größer sind als die für 600 Schüler berechneten Höfe der höheren Lehranstalten, vermögen die doppelte Zahl von 1200 Kindern kaum zu fassen. Wenn nun gar zwei Schulen zu einer Doppelschule vereinigt sind, dann steigern sich noch die Uebelstände. Die Kinder werden nicht nur in geordneten Reihen hinunter- und hinaufgeführt, was im Interesse der Disziplin notwendig sein mag, aber bei der unvermeidlichen Langsamkeit, mit der es sich vollzieht, die Pausen noch beträchtlich verkürzt, sondern sie müssen auch auf dem Hofe reihenweise umhergehen. Von dem jährlichen Jagen, den heiligen Schneeballschlachten, wie sie den Klassenreihenwärtigen Schulpolizisten zum Troste auf manchen höheren Lehranstalten noch blähen, ist hier wenig oder gar nichts zu finden.

Die Frage der Zahl der Klassen, welche in einem einzigen Gebäude unter zu bringen sind, ist schon mehrfach in der Stadtverordneten-Versammlung erörtert worden, zuletzt im Dezember 1889. Damals trat am energichsten der sozialdemokratische Stadtverordnete Singer für Verminderung der Klassenzahl ein. Die meisten „freistimmigen“ Redner verhielten sich mit Rücksicht auf die Kosten ablehnend, obwohl die Mehrzahl der Magistrats die Zahl von 18 Klassen als höchst zulässige beantragt hatte. Die „freistimmige“ Mehrheit ist eben niemals zu haben, wenn es gilt, für das geistige oder materielle Wohl des Volkes etwas zu thun.

Die unzulänglichen Abfertigungsräume der hiesigen Krankenkassen haben ebenso wie die unzureichende Behandlung, welche den dort erscheinenden Rassenmitgliedern zu Theil wird, schon vielfach zu Beschwerden Veranlassung gegeben. Ich begab mich — so schreibt uns ein Leser unseres Blattes — im Auftrage meiner Säwägerin am Sonnabend, den 7. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, nach der betreffenden Kasse und fand in einem Räume von etwa 3/4 Meter in der Länge, 5/8 Meter in der Breite und 5 1/2 Meter Höhe 54 Menschen eng zusammengedrängt; die Mehrzahl waren junge Mädchen, darunter die meisten Kranke; viele mit tranken Händen oder Füßen. Die Luft in einem so kleinen Räume bei solcher Menschenansammlung braucht man wohl nicht näher zu beschreiben. Dabei müssen viele der Anwesenden oft zwei Stunden lang ununterbrochen stehen und warten, und wie anstrengend das in solchem Räume ist, das weiß jeder Gesunde. Wie muß erst einem Kranken zu Muthe sein! Ich sah ein junges Mädchen, welches der Säwägerin weinte, denn in einem Raume, welcher so überfüllt ist, daß man sich nicht einmal umdrehen kann, ist es unmöglich, sich zu vorzusetzen, daß man dem Nachbar nicht zu nahe kommt. Es sind in diesem Räume im Ganzen etwa zwölf Stühle vorhanden. Wie diese Kassenverwaltung so unverantwortlich handeln kann gegen die Rassenmitglieder, ist mir rein unverständlich. Bei solchen Anordnungen müßte doch für eine schnellere Abfertigung der Leute gesorgt werden. Auch wäre es zu wünschen, daß die Angestellten der Kasse sich eines höflicheren Betragens gegen die Rassenmitglieder befleißigten. Es hört sich nicht schön an, wenn einer von den Beamten plötzlich in den Raum eintritt und mit lauter Stimme ruft: „Wenn Sie nicht den Mund halten, so schmeiß ich Sie raus!“ Im Uebrigen muß ich anerkennen, daß außer zwei solcher Beamten,

die sich in der Rolle als Rauschmeister besonders wichtig vorzukommen schienen, die übrigen Beamten ruhig und höflich dem Publikum gegenüber sich benehmen.

Es ist aber keineswegs angenehm, auf sein Krankencaud jedesmal zwei Stunden in solchem Räume warten zu müssen, wenn man die Krankenbeiträge sehr pünktlich zahlen muß.

Diese Uebelstände, die hier geschildert sind, bestehen leider gleichmäßig so ziemlich bei allen Rassenlokalen. Während für die Bureau große Räume vorhanden sind, beschränkt sich das Abfertigungszimmer auf wenige Kubikmeter. Es sollte von behördlicher Seite dafür gesorgt werden, daß dies im gesundheitlichen Interesse geoffert wird.

Auch „unterm neuen Kurs“ lassen es sich die Behörden angelegen sein, durch allerlei Maßregeln auf diejenigen Wirthe einzuwirken, welche ihre Lokale zu Arbeiter-Versammlungen hergeben. Dem Restaurateur Paul Kübler in Schmaragdstraße ist unterm 13. September 1890 eine Verfügung des Amtsvorbesers Günzel in Wilmersdorf zugegangen, worin demselben eröffnet wurde, daß er künftighin sozialdemokratische Versammlungen in seinem Lokale, welches den Namen „Kaiser Friedrich-Garten“ führt, nicht mehr dulden solle, widrigenfalls die ihm zur Führung dieses Namens ertheilte Erlaubnis widerrufen wird. Begründung: Durch das Abhalten sozialdemokratischer Versammlungen wird das Andenken an Kaiser Friedrich in keiner Weise geehrt und bewahrt. Da Herr Kübler bisher keine Noth hiervon genommen und am Sonntag, den 8. Februar, eine öffentliche Volksversammlung in seinem Lokale stattfinden ließ, wurde demselben wiederum ein Schreiben des Amtsvorbesers in Wilmersdorf zugestellt, in welchem auf die am 18. September erlassene Veranordnung hingewiesen und ihm die Erlaubnis zur Führung des Namens „Kaiser Friedrich-Garten“ für sein Lokal entzogen wird. Gleichzeitig sind alle auf diesen Namen bezughabenden Schilder und Anschläge zu beseitigen, widrigenfalls diese Arbeit durch Dritte auf Kosten des Herrn K. geschieht. Die Kosten dieser der Amtsvorbeser vorläufig auf 30 M. fest. Dem gestrengen Herrn ist außerdem zu Ohren gekommen, daß bei Gelegenheit der letzten Versammlung ein übermäßig lautes „Geschrei und Gejohle“ im Lokale stattgefunden hat. Auf seine Pflichten als Schankwirth aufmerksam gemacht, wurde Herr K. noch ermahnt, in Zukunft für Ruhe und Ordnung in ausreichender Weise Sorge zu tragen, widrigenfalls das Weitere veranlaßt werden würde. — Das „Geschrei und Gejohle“ bestand in einem kräftigen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und außerdem wurde nach Schluß der Versammlung getanzt und es wurden auch Arbeiterlieder gesungen.

Aus der Hasenheide wird uns folgendes mitgetheilt: Ich gehöre mit zu den Leuten, welche in der Hasenheide ein kleines Geschäft haben, einen sogenannten Klimbin; außerdem muß ich Winter und Sommer in der Werkstatt arbeiten, denn Weides weilt nicht so viel ab, daß man davon leben kann. Für den nächsten Sommer hat uns nun die hohe Polizei die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe verweigert; es sollen Schaubuden, Karouffeln, Krassemeister, Schankeln, Wurstbuden, Würfelbuden und dergleichen dort nicht mehr geduldet werden. Fast alle Geschäftslente machen aber schon im Herbst und im Winter Kontrakt, kaufen und verkaufen Geschäfte und erneuern das alle, weil bisher die Erlaubnis immer so ziemlich sicher war. Als Grund für die plötzlich neue Entschliebung hört man, daß auf dem Platz E ein Schmuckplatz und eine Garnisonkirche errichtet werden soll. Die Hauptsache wird wohl sein, weil sich die Hausbesitzer in der Gegend und Gneissaustraße besawert haben über den Klimbin und das Treiben in der Hasenheide. Die Herren Wirthe können ihre Wohnungen nicht schnell und theuer genug vermieten. Weil also die Wirthe unverdächtig theuer mit ihren Miethspreisen sind, müssen so circa 40 Subdempter und einige Restaurateure das Geschäft aufgeben und mancher wird dabei sein Viehchen Geld und seine Existenz verlieren, besonders die Wirthe, welche noch Jahre Kontrakt haben und Nichts vermieten können, obwohl sie darauf gerechnet haben. Man sollte meinen, als Berliner Bürger und Steuerzahler könnte man wohl verlangen, daß schon im Herbst der neue Polizeibeschluss bekannt gegeben wäre und nicht erst jetzt im Frühjahr, wenn wir die Erlaubnis nachsuchen und mancher sich schon wieder viele Inkosten gemacht hat. Nicht jeder hat soviel Geld, um am Sonntag mit Weib und Kind Ausflüge nach Auerhahn zu machen und für viele Familien hat die Hasenheide am Sonntag ein billiges Vergnügen. Ich habe es sehr viel beobachtet, daß mancher Familienvater mit seinen Kindern und jungen Leute, die keinen Groschen in der Tasche haben, von einer Bude zur andern gehen und sich so ohne Kosten am Sonntag amüsieren. Das wird nun anders werden; die ständige Heide wird sich in ein Eden verwandeln und wenn wir nicht nach Afrika gehen wollen, können wir nach der Garnisonkirche gehen, wenn sie vielleicht in 5 Jahren fertig ist. Die Hauswirthe werden ihre Wohnungen theurer vermieten können und im Sommer eine Badereise machen, während wir in der Sonne baden und Luft kneipen. Vielleicht verwandeln sich auch noch viele meiner Kollegen in Sozialdemokraten. Und das Alles in Folge eines neuen Kirchendanes!

Versuchte Lohnreduktion. Den bei dem Bau der Kochschen Baracken beschäftigten Arbeitern wurde vorgestern Abend die Eröffnung gemacht, daß die Löhne von jetzt ab in folgender Weise reduziert werden sollten: Derjenigen Arbeiter (Püger), die einen Stundenlohn von 60 Pf. bisher erhielten, sollten von jetzt ab 50 Pf., die Arbeiter, welche 50 Pf. erhielten, sollten 40 Pf., diejenigen, welche über 30 Pf. erhielten, sollten von jetzt ab nur noch 25 Pf. erhalten. Gestern morgen traten die Arbeiter zusammen und beschloßen einmüthig, die Arbeit unter diesen Verhältnissen nicht anzunehmen. Die Ginnmüthigkeit der Arbeiter schien den Unternehmern zu imponieren, es blieb schließlich bei den alten Lohnsätzen. Die versuchte Lohnreduktion soll auf einen neuen Bauführer zurückgeführt werden, der erst vor kurzem dort eingestellt ist.

Raubanfall durch eine Frau. Am Sonnabend Nachmittag gegen 3 Uhr betrat eine Frau den Butterkeller von Flicgner, Lauscherstraße 1, in welchem die Verkäuferin, die achtzehnjährige Emilie Fieber, allein anwesend war, und bat um die Erlaubnis, sich ein wenig wärmen zu dürfen. Nachdem sie sich mit der Fieber, die erst gegen Ende vorigen Monats aus Ostpreußen hierhergekommen ist, eine Weile unterhalten und dabei bemerkt hatte, daß sie mit den früheren Verkäuferinnen gut bekannt gewesen sei, sprang sie plötzlich hinter das nichtabgehende Mädchen und versuchte dasselbe zu würgen. Auf die Hilferufe der Fieber ließ die Frau, die auch hörte, wie Menschen sich dem Keller näherten, die Angegriffene los und flüchtete auf die Straße. Hier wurde sie zwar verfolgt und eingeholt, auf den Ruf eines anscheinend unbetheiligten Mannes (der aber wahrscheinlich in Verbindung mit dem Verbrechen stand): „Was geht denn Euch die Frau an, laßt sie doch laufen!“ von den verdächtigten Verfolgern, die auch im Augenblicke noch nicht wußten, um was es sich handelte, ließ man sie aber entweichen. Knaben gaben an, die Davongelaufene zu kennen; es sei eine Frau Elise Spitzer, die früher Curwosir. 57 gewohnt habe und jetzt in Hirtsdorf wohne. Die Mäuderin, der es geklärt war, aus der Ladenkasse 2 M. zu hehlen, war von mittelgroßer Figur und bekleidet mit einem karrierten glatten Rodschwarzer Schürze, braunem Taillentuch, rothgefärbtem hellbraunem Pantoffeln, behaarten Strümpfen und trag, wie gegen Zahn-schmerz, Klette und ein Tuch um das Gesicht.

Selbstmorde auf Westend. Ein schauerlicher Anblick bot sich am Montag Morgen den Passanten der Spandauer Chaussee in der Nähe des bekannten „Schloß Grünwald“. In einem Baum hing, von starken Westwinden gestrichelt hin und her schaukelnd, die Leiche eines jugendlichen, elegant gekleideten Mannes; Hut und Stock lagen am Fuß des Baumstammes. Die Leichen-

starre war bereits eingetreten, so daß anzunehmen ist, der Unbekannte habe den Selbstmord am Sonntag Abend ausgeführt. In den Taschen des etwa 25jährigen Toten fanden sich ein Vincenz, ein Paar braunlederne Glatzhandschuhe und acht verschiedene Schlüssel vor. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Gendarmen nach der Charlottenburger Obduktionshalle geschafft. — Ein zweiter Gefangener wurde am Sonntag Nachmittag in der sogenannten Kaffee-Allee auf Westend aufgefunden. Derselbe wurde als ein in Berlin wohnender Maurergeselle W. rekonnoziert. Derselbe soll an einer unheilbaren Krankheit gelitten haben und dürfte das die Veranlassung zu dem Selbstmorde gegeben haben.

Stichmord-Vergiftung in einem Wiener Café. Ein aufsehender Vorkellner, der mit dem sofortigen Tode eines Menschen endete, spielte sich in der Nacht zum Sonntag in dem Café Bavaria in der Kochstraße ab. Unter den anwesenden Gästen machte sich ein junger, elegant gekleideter Mann durch ein auffallend unrubiges und verdorren Wesen besonders bemerkbar. Kurz vor Mitternacht und nachdem der Unbekannte eine größere Zeche kontrahiert, zog derselbe plötzlich ein kleines Fläschchen aus der Tasche, setzte dasselbe, noch ehe ihn irgend Jemand hindern konnte, an den Mund und leerte den Inhalt desselben mit einem Zuge. Kaum hatte er das Fläschchen abgesetzt, so brach er lautlos zusammen. Ein schleimig herbeigerufener Arzt konstatierte den eingetretenen Tod und bezeichnete den Inhalt des Fläschchens als Strophin. Die von dem Selbstmörder in Kenntnis gesetzte Revierpolizei rekonnozierte den Selbstmörder als einen in der Marzgrafenstraße 92-93 wohnenden Buchhalter Reinhold Busch aus Postloms und erordnete die Ueberführung der Leiche nach dem polizeilichen Leichenschauhause an. Ueber die Motive zu der verzeifelten That konnte nichts Bestimmtes festgestellt werden.

Polizeibericht. Am 16. d. M. Morgens sprang ein Dienstmädchen, nachdem es die Nacht hindurch gelangt hatte, gegenüber der Götterstraße in den Landwehrkanal und ertrank. Das Mädchen scheint den Selbstmord in einem Anfall von Geistesstörung begangen zu haben. — Vormittags wurde an der Ecke der Französischen- und Friedrichstraße ein 6-jähriger Knabe von einer Kutsche überfahren und am Kopfe anscheinend bedeutend verletzt. — Zu derselben Zeit brach auf dem Königsplatz ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann bewußlos zusammen und erlitt beim Fall eine anscheinend unbedeutende Verletzung am Kopfe. Nach der Charité gebracht, verstarb er daselbst bald darauf. — Mittags erschoss sich ein Mann in den Anlagen des Hippodroms. — Am Nachmittag der Bauhische Theliche vor dem Hause Adersstraße 139 das unruhig gewordene Pferd eines Geschäftswagens, welches er während der Abwesenheit des Kutschers beaufsichtigen sollte, am Durchgehen verhindern wollte, hängte es an dem feuchten Pflaster und fiel auf den Knaben, so daß derselbe einen Bruch des Oberschenkels erlitt. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum 17. d. M. wurde ein Mädchen auf dem Leipzigerplatz mit einer Verletzung am Fuß, welche es angeblich bei einem Fall erlitten hat, aufgefunden und nach dem Krankenhaus Rokit gebracht. — Am 16. d. M. fanden sieben kleine Weinde statt.

Gerichts-Beitung.

Auf der Anklagebank vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. stand gestern eine kleine, stielich gebaute Person mit feingehobenen Gesichtszügen und mild blickenden Augen. Wer hätte derselben eine so ungläubliche Gemüthsverwundung zugetraut, wie ihr sie durch die Verhandlung nachgewiesen wurde? Es war die Frau Marie Bertha Luise Bohms, geborene Rade, welche der Körperverletzung ihrer einzigen 14-jährigen Tochter Anna Rade durch fortgesetzte Mißhandlungen in einer das Leben gefährdenden Weise beschuldigt war. Die Angeklagte hat im vorigen Jahre ihren jetzigen Mann geheiratet, welcher sich nicht daran stieß, daß sie ihm die damals fünfjährige kleine Anna mit in die Ehe brachte. Für das Kind brach damit eine entsetzliche Leidenszeit an. Ueberausnehmend bekundeten die Zeugen, daß es von der Mutter bei der geringsten Veranlassung in der empörendsten Weise geschlagen wurde. Das Kind wurde von ihr weite Gänge geschickt und wenn es sich auf dem Rückwege verirrt und der Mutter durch die Polizei geführt wurde, so bekam es Schläge, zuweilen kam ein fingerdicker Holzstock zur Anwendung, hageldicht fielen wichtige Schläge auf den Kopf und Rinde. Aber hierbei blieb es nicht, die Angeklagte ergriff das Kind bei den Haaren, warf es zu Boden und stieß es mit dem Gesicht gegen den Fußboden, daß Blut aus Nase und Mund quoll. Wiederholt haben Nachbarn aus der Wohnung der Angeklagten das Geräusch von fallenden Schlägen gehört, aber kein Weinen vernommen, es wird deshalb angenommen, daß dem Kinde der Mund verbunden wurde. Bei der Untersuchung desselben durch den Sanitätsrath Dr. Mittenzweig zeigten Kopf und Körper des Mädchens eine große Anzahl Stellen, blutunterlaufene Stellen und sonstige Verletzungen. Kurz vorher hatte die Angeklagte das Kind demmaßen am Halse gewürgt, daß die Fingerelldrüsen tagelang zu sehen waren. Diese Mißhandlungen wurden von den tobensten Ausrufungen begleitet, wiederholt sprach die Angeklagte ihrem Manne gegenüber den Wunsch aus, daß das Kind auf seinen Ausgängen doch einmal überfahren werden möge, damit man es auf diese Art los werde. Natürlich hat man das bedauerndwerthe Mädchen, welches nach der Aussage der Zeugen ein hübsches, aufgewecktes und freundliches Kind gewesen sein soll, anderweitig in Pflege gegeben. Nachdem der medizinische Sachverständige festgestellt hatte, daß die geschilderten Mißhandlungen lebensgefährlicher Natur waren, beantragte Staatsanwalt Dr. Benedix gegen die Angeklagte sechs Monate Gefängniß. Der Gerichtshof ging aber über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf neun Monate Gefängniß.

Eine ganze Blumenlese der verschiedensten Vergehen und Uebertretungen führte gestern den Buchhalter Eugen Waldemar Fiedler vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Er wurden ihm drei Unterschlagungen, fünf Diebstähle, drei Urkundenfälschungen, versuchter Betrug, grober Unfug und Führung falscher Namens zur Last gelegt. Der bisher unbescholtene Angeklagte ist außerordentlich schnell in dem Strudel der Großstadt untergegangen. Nachdem er sich einige Zeit hindurch als Berichterstatter zu ernähren versucht, mußte er das Gewerbe eines Annoncen-Sammlers ergreifen. Der Verleger der „Moabiters Tagesztg.“ nahm ihn an. Wie Fiedler behauptet, hat er, lediglich um Beweise seiner Leistungsfähigkeit zu erbringen, in drei Fällen gefälschte Beweisscheine eingeleistet. Außerdem schädigte er seinen Prinzipal dadurch, daß er in drei Fällen eingezogene Annonzengelder für sich behielt. Nun ging es rasend schnell mit ihm bergab. Er machte seinen früheren Bekannten Besuche und stahl, was ihm unter die Finger kam. Dem Berichterstatter Nikolaides entwendete er für 8 M. Briefmarken und ein wertvolles Verloren, dem Chambregarnisten eines anderen Berichterstatters ebenfalls Bücher und Kleidungsstücke und bei einem dritten einen vom „Berliner Tagesblatt“ ausgestellten Beflagschein für gelieferte Arbeiten über 100 M. Ein Versuch, auf diesen Schen bei der Redaktion des genannten Blattes dreißig Mark zu erheben, mißlang. In der Nacht zum 11. November vorigen Jahres rempelte der Angeklagte in der Leipzigerstraße vorwärts Personen an, er wurde zur Wache gebracht und da er mittheilte voraussetzte, daß man wegen der begangenen Schwindelacten auf ihn sahndete, legte er sich einen

falschen Namen bei. Der Gerichtshof belegte den geständigen Angeklagten mit einer Gesamtstrafe von anderthalb Jahren Gefängniß und fünf Wochen Haft. Letztere wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Wegen Urkundenvernichtung stand gestern der Fleischwaaren-Händler Franz Sack vor der III. Strafkammer des Landgerichts I. Im Juni vorigen Jahres kaufte der Angeklagte von dem Pferdehändler Schmiedede ein Pferd für 270 Mark. Er zahlte 50 Mark an und den Rest in Wechseln. Ausgemacht war, daß der Handel rückgängig gemacht werden sollte, wenn sich zeigte, daß der Gaul ein Schläger war. Und daß er es war, mußte der neue Besitzer bald in höchst schmerzhafter Weise erfahren. Er erhielt von dem Pferde einen Schlag gegen das Bein, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war. Schmiedede mußte das Pferd zurücknehmen, er überredete den Angeklagten aber zum Kaufe eines anderen, das 90 Mark theurer war. Es mußten neue, entsprechend höhere Wechsel ausgestellt werden. Als Schmiedede zur Erlangung des Akzeptes in Sacks Wohnung erschien, fragte der Letztere ihn, was mit den alten Wechseln geschehen solle. Der Befragte erwiderte ihm, daß er dieselben in der Tasche habe, um sie zu zerreißen, sobald die neuen akzeptirt seien. Sack dat. sie ihm zu zeigen. Arglos gab Schmiedede sie hin. Im nächsten Augenblick hatte Sack die Papiere zerissen, er erklärte dann, daß er die neuen Wechsel auch nicht unterzeichnen würde, da er für den ihm durch das frühere Pferd zugefügten körperlichen und geschäftlichen Schaden Entschädigung haben müsse. Der Gerichtshof beehrte den Angeklagten, daß eine derartige willkürliche Handlungsweise als Urkundenvernichtung anzusehen sei und erkannte dafür auf eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten.

Einen kuriosen Verlauf nahm die Strafsache des Schuhmachers Weiland und des Töpfers Kemnitz wegen Verleumdung der 292. Steuereinschätzungskommission. Die Verleumdung sollte in einer Steuerreklamations vom 16. März 1889 enthalten sein; den Strafantrag stellte namens der Einschätzungskommission als deren vorgesetzte Behörde die Steuer- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats. Das Urtheil des Schöffengerichts vom 22. November 1889 sprach die Angeklagten von der (allerdings gar nicht erhobenen) Anklage der Verleumdung der Steuerdeputation frei. Auf die eingeleitete Berufung hob die zweite Strafkammer des Landgerichts I jenes Urtheil auf und ordnete die Einstellung des Verfahrens wegen Verleumdung der Steuerdeputation an. Nummer wurde das Hauptverfahren wegen Verleumdung der 292. Einschätzungskommission eröffnet. Der Einwand der Angeklagten, daß derselbe Thatbestand zum zweiten Male Gegenstand der Anklage werde, was gegen den Grundsatz No bis in idem (Es darf nicht zwei Mal wegen derselben Sache Strafverfolgung eintreten) verstoße, wurde vom Schöffengericht nicht berücksichtigt und dieses erkannte am 10. September 1890 gegen Kemnitz, am 10. Oktober 1890 gegen Weiland wegen Verleumdung der 292. Einschätzungskommission auf je 20 M. Geldstrafe, „im Nichterleidungsfall“ auf je vier Tage Gefängniß. Die Angeklagten legten die Sache am 4. Dezember vorigen Jahres. Er erachtete eine Verletzung des Grundsatzes „No bis in idem“ nicht als vorliegend. Die abgeurtheilte Straffact sei so genau individualisirt, daß „von einer Identität der jetzt abzuurtheilenden Verleumdung mit der früher abgeurtheilten bei der Verschiedenheit der durch die gerügten Grundgebungen; betroffenen Behörden nicht die Rede sein kann.“ Ferner sagt das Erkenntniß:

Gleichgiltig ist, daß in den Gründen des früheren Urtheils der Strafkammer auch, was gar nicht erforderlich war, die hier gerügte Straffact materiell geprüft und als strafbare Verleumdung festgestellt worden ist, weil allein die ausgesprochene Einstellung des Verfahrens Rechtskraft erlangen konnte und erlangt hat.“ Das Landgericht bestätigte hiernach die Verurtheilung Weilands. Zugenan erkannte es bezüglich des anderen Angeklagten Kemnitz dahin, daß derselbe sich einer Verleumdung gar nicht schuldig gemacht habe und sprach ihn frei. Weiland legte gegen seine Verurtheilung Revision ein, welche am 12. Febr. vom Strafenat des Kammergerichts verworfen wurde. Damit war das höchst ungläubliche Strafverfahren endlich erledigt und die Verleumdung der Steuer-Einschätzungskommission seitens Weilands geahndet, Kemnitz aber von derselben Anklage endgiltig freigesprochen.

Verfammlungen.

Charlottenburg. Hier verlebte am Donnerstag, den 12. Februar, Reichstags-Deputirter Liebknecht über die Aufgaben des Reichstages. Genosse Liebknecht entschuldigte sein Ausbleiben bei der im Nachbarorte Wilmersdorf stattgefundenen Versammlung mit seinem damaligen Unwohlsein. Für diesmal habe er, dem Grundsatz folgend, doppelt hält gut, Kollege Ulrich (Offenbach) mitgebracht, und er werde diesem das Referat über die eigentliche Thätigkeit des Reichstages überlassen, während er mehr die prinzipielle Seite besprechen wolle. Es seien in diesem, wie in Berliner Wahlkreisen bei der letzten Wahl Zweifel über die Nützlichkeit der Wahlen ausgebrütet worden, speziell ob der Parlamentarismus die Ziele der Sozialdemokratie verwirklichen könne. In allen übrigen Ländern, außer Deutschland, wo das Parlament durchaus nicht eine Vertretung des Volkswillens sei, möchten diese Zweifel wohl am Platze sein, da das allgemeine Wahlrecht meistens nicht existire. In Deutschland, das müsse jeder zugeben, ist das Proletariat klaffenbewußter, besser organisiert und ständen hinter dem parlamentarischen Vertreter bedeutend größere Massen als anderswo. Man könne nicht sagen, daß hier der Parlamentarismus die Prinzipien verwöhrt habe. Wenn bisher nicht derartige Erfolge erzielt seien, wie es zu wünschen, so trage nicht der Parlamentarismus die Schuld daran, sondern das, wovon es in der Marxeillaise heißt; das ist der Unwille der Massen, den nur das Werk des Schwerts durchbricht. Dieser sei daran schuld, daß noch eine so kleine Zahl von Sozialdemokraten im Reichstage vorhanden sei und deshalb müsse sich der Kampf nicht gegen den Parlamentarismus, sondern gegen diesen Unwillen richten. Wir haben bisher uns keinen Illusionen über das Können des Reichstages hingegeben. Wenn behauptet worden, daß selbst eine sozialdemokratische Mehrheit nichts werde ausrichten können, so wisse er demgegenüber auf die verflochtenen Jahre hin. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Ideen der Menschen. Fragen, aber die vor kurzer Zeit noch heiße Kämpfe entbrannt seien, selbst innerhalb unserer Partei, seien gelöst. Die Parteigenossen ständen mindestens in einer Stärke von 2 1/2 Millionen hinter ihren Vertretern, die allerdings noch kein Zehntel des Reichstages bildeten; diese 2 1/2 Millionen bildeten bereits eine Macht, dem ständen von anderen Parteien, die neun Zehntel der Reichstagsfraktion inne haben, circa 6 1/2 Millionen gegenüber.

Diese bilden jedoch keine geschlossene Macht, da sie sich untereinander bekämpfen, während die Sozialdemokratie geschlossen dasteht. Alle Arbeiterorganisationen Deutschlands sind sozialistisch, und die es noch nicht sind und es mit der Verbesserung ihrer Lage ernst meinen, werden es. Alle Versuche, Sozialisten und Arbeiter zu trennen, sind täglich gescheitert. Beweise, daß Sozialistengesetz. Man habe geglaubt, wenn man durch Ausweisungen und dgl. Volk und Führer trenne, würden die Arbeiter unter die Fittiche der sogenannten staatsverhaltenden Parteien zurückkehren. Und was ist geschehen? Der Anbel des Sozialistengesetzes ist zerissen durch die moralische Gewalt unserer Ideen. Die Massen unserer Gegner sind uns gegenüber lächerlich geworden; man habe geglaubt, die Klinte zwischen den Säbelhauern lassen zu können, doch die Besonnenheit der deutschen Arbeiter hat dies zu nichte gemacht. Man hat uns ver-

bannt und viele unserer Genossen ins Elend gejagt. Doch diese Ausgewiesenen haben das Gift des Sozialismus in alle Weltgegenden verbreitet. Unsere Gegner, die da glaubten, die Arbeiter auf den Leim zu locken, sind von ihnen auf die Finger gelospt worden. Die Arbeiter Deutschlands sind eben keine Gimpel. Das Sozialistengesetz ist gefallen, gefallen durch die Macht des Stimmzettels am 22. Febr. Dies Sozialistengesetz, der Ausfluß des Systems von Blut und Eisen, war nach 12-jährigem Bestehen gerichtet, und mit ihm mußte auch sein Repräsentant, Fürst Bismarck, fallen. Seine erste große Niederlage holte sich derselbe beim Kulturkampf. Man sollte doch wissen, daß wenn man Jemandem seine Ueberzeugung — und sei es auch eine falsche, wie die von den Katholiken vertretene — mit Gewalt wolle aus der Brust reißen, sich die Kraft des Einzelnen verzehele. Derartige Ideen können nicht mit der Finte befehligt werden, sondern einzig und allein durch die Wissenschaft. Wieviel mehr müßte nicht der Sozialismus siegen, der von der Wissenschaft gestützt werde. Es sei so oft, besonders von den Konservativen und Nationalliberalen, behauptet worden, Bismarck habe das einige Deutschland geschaffen; nein, Deutschland habe Bismarck geschaffen. — Für die schlechten Arbeitergesetze, wie sie unter dem System Bismarck geschaffen, werde keiner unserer Wähler uns verantwortlich machen wollen; wir haben sie leider nicht verhindern können. Die Vertretung des deutschen Volkes sei keine Scheinvertretung, wie z. B. in Frankreich unter Louis Philipp oder in England, wo es nicht viel besser stehe. Wie soll ein Volk von 45 Millionen sich seine Gesetze selbst geben, es sei ein Urding, daß diese alle zusammengetrommelt werden könnten, hier könne nur das Repräsentationssystem mit allgemeinem Stimmrecht angewendet werden. Die Alten traten jährlich einmal zusammen (soweit sie freie waren) und ließen ihren Herzog Bericht erstatten, kritisierten seine Maßnahmen oder schlen ihn wohl gar ab. Aber es waren nur wenige Tausend, die davon Gebrauch machten. In einem Kantone der Schweiz kommen noch jetzt sämtliche großjährige Bürger zusammen, aber in großen Staaten ist dies nicht möglich, selbst nicht einmal in großen Wahlkreisen. Deshalb sei eben seit Jahrhunderten bereits das Repräsentationssystem ins Auge gefaßt worden. Wenn dies nicht so augenscheinlich werde, wie zu wünschen, so liegt es daran, daß große Bevölkerungskreise noch nicht genügend aufgeklärt seien und insbesondere so viel wie gar nichts vom Sozialismus gehört haben. Sollen wir deshalb die Hände in den Schoß legen? Nein, wir müssen den Sozialismus diesen Leuten, die noch den Ortschaften als ihren Herrgott betrachten und nach seinem Willen stimmen, predigen, dann werden sie nicht mehr Reichthumsmittelbare, Grafen, Barone, Großgrundbesitzer und Großfabrikanten zu ihren Vertretern wählen. Das diese, wenn sie die Klinte der Gesetzgebung in Händen haben, nur ihren Vorteil wahren werden, ohne man sich ja denken. Diese Herren haben denn auch die Korruptibilität und dergleichen geschaffen, angeblich zum Schutze der Landwirtschaft, in Wirklichkeit um sich dadurch zu bereichern. Die kleinen Bauern, Kleinhandwerker und das gesammte Proletariat haben die Zeche bezahlen müssen. Was haben wir diesen getan? Nichts. Was Wunder, wenn sie in hellen Haufen zu uns übertraten. So läßt sich die Gesellschaft vor unseren Augen auf, beschleunigt dadurch, daß diese Herren im Reichstage auf solche Weise wirtschaften, bis wir thatsächlich in die Majorität kommen. Dann muß sich die Minorität fügen, so gut wie sie sich jetzt fügen muß. Es würde dann die Regierung wohl durchaus nicht die Waffen strecken und würde Alles versuchen, um ihre Macht zu behaupten, doch würde sie es dem anerkannten Volkswillen gegenüber nicht lange thun können. Es sind im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Revolutionen vor sich gegangen, von denen man auch nicht gedacht hätte, daß sie sich verwirklichen würden, wie z. B. die Sprengung des norddeutschen Bundes und die Schaffung des Deutschen Reiches. Was dieses Reich zusammen hält, ist nicht die Gewalt, sondern das allgemeine Wahlrecht. Unter Reichstag ist wie eine Pyramide, unten das demokratische Stimmrecht, und oben die Reichshände. Man sucht dieses Wahlrecht zu verflümmern; an uns, an den breiten Schichten der Bevölkerung ist es, daß wir den Feindern an Wahlrecht ein energisches hands off (Hand weg) zurufen, daß wir für dieses, wie für das unbefchränkte Bereinigungsrecht kämpfen. Redner schloß mit den Worten: Sorgen Sie dafür, daß dieser Wahlkreis das nächste Mal der Sozialdemokratie gehöre. Aber nicht nur dieser Wahlkreis, nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt muß dem Sozialismus gehören. (Stürmischer Beifall.)

Darauf sprach Genosse Ulrich und ging näher auf die Verhandlungen des Reichstages ein. Die Aufgabe des Reichstages sei wesentlich die, der Gesamtheit der Staatsbürger so viel wie möglich zur Zufriedenheit und zum Wohlfühlen zu verwalten. Durch die gegenwärtige Zusammensetzung sei es nicht möglich, Gesetze zu schaffen, wie sie im Interesse der Gesamtheit lägen. Es hiesse dies den Rock zum Gärtner machen, der, an Stelle den Rock zu häuten, zuerst den besten streifen werde. Fürst Bismarck habe zugestanden, daß das Bismarck'sche Sozialreform nur dem Drängen der Sozialdemokratie zu danken sei. Dazu komme noch, daß diese Gesetze nur eine veränderte Armenpflege darstellten, bei denen man die Lasten von den Schultern der Gemeinden auf die der Arbeiter abgewälzt habe. Die staatlichen Einrichtungen müßten dem Arbeiter ermblicklichen, zu leben, anstatt dessen sehe man eine Erbschwerung des Lebens der Arbeiter durch Lebensmittelpreise. Bei der neuen Zuckersteuer-Vorlage habe die Regierung zugestanden, daß ca. 400 Fabriken jährlich 32 Mill. Steuern durch die Ausfuhrprämien einsteckten. Die Herren Agrarier und Zuckerbarone verständen den Hummel aus dem ff. Würde ein Geschenk zurückgebracht, der auch nur ein wenig ihren Profit zu schmälern geeignet sei, so lämen Hunderte von Petitionen an den Reichstag. Viele der Reichstags-Abgeordneten sind direkt Interessenten; daß diese genau ihren Vorteil verständen und ihn zu wahren wüßten, könnte man sich denken. So sehe man auf der einen Seite mögliche Ausnützung der Staatsmaschine zu Gunsten einer Handvoll Leute und auf der anderen Seite Unterdrückung der Interessen der Arbeiter. (Kontraktbruch-Verlesung.) Man spreche von der Verwerflichkeit der Streiks und behaupte, daß selbst Arbeiter diesen Kontraktbruch als unsittlich verdammen; aber man sagt nicht, daß der Streik das letzte Mittel ist, durch das die Arbeiter sich zu helfen suchen. Und das nennt man dann Arbeiter-schuh!! Der gegenwärtige Reichstag erfülle seine Aufgabe nicht, doch könne der Einzelne hieran nichts ändern, sondern nur dadurch, daß die Massen sich organisiren, sei es möglich, bei den Wahlen einen Reichstag zu Stande zu bringen, der auch die Interessen der Allgemeinheit vertritt.

Darauf wurde ein Antrag, nur Gegner sprechen zu lassen, angenommen, worauf der Vorsitzende mehrmals, jedoch vergeblich, die anwesenden Gegner zur Diskussion aufforderte. In seinem Schlussworte ging Genosse Liebknecht näher auf das Arbeiterschn-Gesetz und insbesondere auf die Kontraktbruch-Bestimmungen ein. Redner schilderte, wie der Kampf der englischen Gewerkschaften sich hauptsächlich um die Länge des Arbeitstages gedreht habe und noch drehe. An der Entlohnung der Koalitionsgesetze in England könne man lernen. Die englischen Arbeiter hätten einen vierzigjährigen Kampf um die Anerkennung ihrer Organisationen gekämpft, und noch jetzt veruche man, sie ihnen illusorisch zu machen. Hier in Deutschland könne man sich auf einen ebenso hartnäckigen Kampf gefaßt machen. Das Koalitionsrecht sei der Gattein der Arbeiterschuh-Gesetze. Das beste Gesetz ist nicht mehr noeth, wie das Papier, auf dem es steht, wenn es nicht durch diejenigen, für die es gemacht ist, zu einem lebendigen gemacht wird. — Man nennt uns Verkörere des Eigenthums, wenn wir wollen den Verkörere desselben das Handwerk legen; man sagt, die Sozialisten wollen kein Familienleben, als ob nicht die moderne Produktionseinrichtung dies längst zerstückt hätte. Man nennt uns Vaterlandsfeinde, als ob nicht die herrschenden Klassen

Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage der Berliner Metallarbeiter.

II.

Mit welcher Rigorosität Strafen verhängt wurden, möge aus Folgendem erhellen: In der Fabrik von Kesting und Thomas...

Auch in der Fabrik von Schwarzkopf wurden die Strafen von den Meistern und speziell von dem Obermeister nach freier Würdigung des Sachstandes diktiert, ohne daß es dem...

Was nun die Verwaltung der Strafgehalte betrifft, so ruhte dieselbe mit wenig Ausnahmen in den Händen der Unternehmer. Eine Ausnahme machten nur die Klempner, da von denselben...

stehende vom Arzt als nicht völlig gesund und daher als nicht zur Aufnahme fähig erklärt wurde. Aber auch wenn das Urtheil des Arztes günstig lautet, ist noch ein zweites Hindernis zu be...

In einem anderen Zweige des öffentlichen Verkehrs, im Eisenbahnbetrieb, dem seiner ganzen Natur nach eine ungleich höhere Bedeutung als dem Pferdebahnbetriebe zukommt, liegen die Verhältnisse für die Metallarbeiter nicht besser. Dies ist um so charakteristischer, als aus dem Eisenbahnbetrieb das Privatalkapital verschwinden ist und der Staat einzig und allein als Arbeitgeber auftritt...

Die Klagen, welche im Uebrigen über schlechte sanitäre Zustände in den Fabriken geführt wurden, waren zahlreiche, und hauptsächlich waren es die Formere, welche mit Recht darauf hinwiesen, daß sie in dieser Beziehung am schlechtesten gestellt seien. Befanden sich doch die Formereien oft genug in solchen Räumen, die zu irgend einem anderen Zwecke überhaupt nicht zu gebrauchen sind...

Von Wohlfahrts-Einrichtungen verdient nur der in der Fabrik von Siemens in Charlottenburg existirende Konsumverein, sowie der in derselben Fabrik vorhandene Sparverein Erwähnung. Beiden Vereinen wurde, da ihre Verwaltung völlig in den...

Händen der Arbeiter ruht, allseitig nur Lob gespundet. Ein wahres Unikum von Wohlfahrts-Einrichtung ist aber die in der Schwarzkopfschen Fabrik bestehende Vorschusskassa. Das Statut derselben, welches aus dem Jahre 1860 datirt und 1869 einen Nachtrag erhalten hat, ist so selten, daß auch die ältesten Arbeiter sich nicht erinnern können, jemals ein solches gesehen zu haben. Begründet wurde die Kasse mit einem Fonds von 600 M., der aus den Strafgehaltern angewachsen war. Mitglied kann jeder Arbeiter werden, wenn er sich von je 3 M. Verdienst 2 Pf. abziehen läßt, bis die Summe von 10 M. erreicht ist. Diese Summe erhalten die Mitglieder unter keinen Umständen zurück, sie verbleibt der Vorschusskassa. Nach vierteljähriger Mitgliedschaft wird den Mitgliedern auf Antrag ein Vorschuß gewährt, der jedoch 30 M. nicht überschreiten darf. Nach dem Statut soll dieser Vorschuß mit 5 pCt. pro anno verzinst und in wöchentlichen Raten von 3 M. zurückgezahlt werden. Da bei dieser Praxis die Verluste naturgemäß gering, die Einnahmen aber fortwährend und sichere sind, um so mehr als auch die enormen Strafgehalte diesem Fonds zuzuführen, so kann es auch nicht überraschen, daß dieser Fonds aus seiner ursprünglichen Höhe von 600 M. gegenwärtig auf 48 328 M. angewachsen ist. Dieser Umsatz hat jedenfalls auch die Verwaltung veranlaßt, den Zinssfuß von 5 pCt. auf gegenwärtig 1 pCt. herabzusetzen. In der Verwaltung dieser Kasse haben die Arbeiter „nir zu fassen“. Nach dem Statut steht die Verwaltung dem Geschäft zu und zwar verpflichtet dasselbe diese Arbeit, wie das Statut verordnet, „kostenfrei“. Allerdings ist im Statut noch ein, aus Arbeitern gebildetes Kuratorium vorgesehen, welches, nachdem der einen Vorschuß verlangende Arbeiter bei seinem Werkmeister einen dahingehenden Antrag gestellt hat, darüber befinden soll, ob der begehrte Vorschuß bewilligt werden soll oder nicht. Einmal ist die Thätigkeit dieses Kuratoriums also eine sehr subalterne, und zweitens kann sich auch Niemand so recht erinnern, an den Wahlen zu einem solchen Kuratorium jemals Theil genommen zu haben. Von dem Gelde dieser Vorschusskassa ist nun auch noch eine Kantine eingerichtet worden, über deren geschäftliche Lage völlige Dunkelheit herrscht. Thatsache ist, daß die Arbeiter für bares Geld überhaupt keine Waaren erhalten, sondern nur gegen Marken, welche sie vorher bezahlen müssen. Der Schlächter, welcher die Fleischwaaren liefert, muß, wie verlautet, 10 pCt. von seinen Einnahmen abgeben. Daß die Verwaltung bei diesem Zustand der Dinge ganz besonders interessiert sein muß, erhellt schon daraus, daß ein Arbeiter, der sich bei der Frau des Schlächters über die Qualität der Waaren beklagte, seine Entlassung erhielt. Da ferner auch Branntwein in Gläsern verschont wird, da weiter das Bier zu einem theueren Preise verkauft wird, als der Konsumverein in der Fabrik von Siemens, der seinen Mitgliedern nur beste Waare liefert, und noch Ueberflüsse erzielt, es abgibt und da endlich der Umsatz ein gewaltiger ist, so muß auch der Gewinn ein enormer sein, aber Niemand weiß, wo derselbe bleibt. Allgemein war die Ansicht verbreitet, daß der Gewinn der Untersuchungskasse zuzuführen solle, wie aber die letztjährige Abrechnung beweist, ist der Untersuchungskasse von Seiten der Kantine kein Pfennig zugeflossen.

Diese wenigen, aus der Fülle des Materials herausgegriffenen Einzelvertheilungen, über die Zustände in den verschiedenen Fabriken geben in Verbindung mit dem, durch die Statistik gewonnenen Zahlenmaterial ein anschauliches Bild von der sozialen Lage der Berliner Metallarbeiter, und von der Stellung, welche ihnen im Arbeitsverhältniß von den Unternehmern zugetheilt wird.

Wie wenig befriedigend die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter ist, dafür möge zum Schluß noch das Jahresbudget eines Schloßers sprechen, der verheirathet und Vater von drei Kindern ist, von denen das älteste, ein Mädchen, im Herbst aus der Schule entlassen wurde, während zwei Knaben dieselbe noch besuchen.

Table with 2 columns: Item and Amount. Title: I. Wochen-Ausgabe: Brot, Butter, Schmalz, Fleisch, Zucker, Kaffee, Badwaare, Milch, Kartoffeln, Wurstaaren, Milchspeise, Hülsenfrüchte, Heringe, Feuerung, Licht, Mehl, Gewürz, Salz, Zichorien, Wäsche.

Dazu Ausgaben für den Mann in der Fabrik für Bier, Zigaretten, Pferdebahnfahrt, sowie für Ausgaben Sonntags 3 M., ergibt eine Wochenausgabe von 17 M. 85 Pf.

Table with 2 columns: Item and Amount. Title: II. Monats-Ausgaben: Miete, inkl. Nebenausgaben, Miethsteuer, Staatsklaffen- und Gemeinde-, Einkommensteuer, „Volksblatt“ und „Metallarbeiter-Zeitung“, 2 Krankenkassen, Selse, Soda, Jwira, Garn, Knöpfe, Beitrag zu dem Metallarbeiterverein, Beitrag zum Metallarbeiter-Unterstützungs- und Agitationsfond.

III. Jahres-Ausgaben: Für Leib-, Bett- und sonstige Wäsche, für Kleidung und Schuhwerk für die ganze Familie, für Erziehung des Scharhathes, für Arzt, Apotheke u. s. w. u. s. w.: 360 M.

Table with 2 columns: Item and Amount. Title: IV. Wochen-Ausgaben pro Jahr: Monats-, Jahres-, Einnahme.

welches durch die Arbeit der Frau und die Arbeit der Kinder gedeckt werden mußte. Auch dann, wenn unser Schloßer den durch die Statistik ermittelten Durchschnittsverdienst von 1080 M. erreicht hätte, so würde immer noch ein Defizit von 585 M. vorhanden gewesen sein. Die ganze Misere des Arbeiterlebens tritt nun in diesen Zahlen entgegen, von denen, leider, noch gesagt werden muß, daß sie den Sachverhalt günstiger darstellen, als er zur Zeit ist. In den wenigen Monaten, die seit den Aufnahmen ver-

frischen sind, haben sich die Verhältnisse wiederum wesentlich verschlechtert, da durch die herrschende Arbeitslosigkeit, sowie die zahlreichen Lohnreduktionen, die selten unter 10 pCt. betragen, das Einkommen der Metallarbeiter noch mehr geschmälert wurde. Aber während sich auf die Arbeiter die Nacht des Glüdes dichter und dichter hernieder senkt, sprudelt das goldene Bächlein des Kapitalgewinnes trotz der Krise so munter, daß die Unternehmer mit Dutten begeistert ausrufen können: „Es ist eine Lust zu leben.“ Von den an der Börse gehandelten Aktienpapieren der Berliner Metallindustrie warfen ihren Inhabern ab: Allgemeine Elektrizitäts-Werke 10 pCt., Anhaltische Masch. 11 pCt., Elektrizitäts-Werke 10 pCt., Schwarzkopff 10 pCt., Buhle 10 pCt., Eckert 5 pCt., Raconschmiede 7 1/2 pCt., Freund Masch. 13 pCt., Gladenbeck 7 pCt., Hartung 11 pCt., Kapler 11 pCt., Kepling und Thomas 9 pCt., Löwe 18 pCt., Mir u. Genest 9 pCt., Schaffer u. Wolder 8 pCt., Sennler 10 pCt. Im Durchschnitt kamen auf jedes dieser Papiere 10 pCt. Dividende. Dabei ist zu berücksichtigen, daß verschiedene dieser Unternehmen bei ihrer Ueberführung vom Privat- in den Aktienbetrieb durch enorme Gründergewinne schwer belastet wurden. So „verdiente“ das bekannte Banthaus von Börgel, Parisius u. Ko. bei der Umwandlung der Buhle'schen Fabrik in ein Aktienunternehmen die Kleinigkeit von 750 000 M. Aber trotz dieser gewaltigen Verrechnung des Grundkapitals gelang es doch noch, 10 pCt. Dividende herauszupressen. Angesichts dieser so reichlich fließenden „Gnadenbesoldungen“ hätten die Metallarbeiter alle Ursache, selbst auf die Gefahr hin als „begehrlich“ verschrien zu werden, nach einer Aufbesserung ihrer Lebenshaltung zu streben. Vereinzelt vermögen sie freilich Nichts, vereint, wenn auch nicht Alles, so doch sehr viel. Die Metallindustrie nimmt sowohl, was die Zahl der beschäftigten Arbeiter, als auch die technische Entwicklung anbelangt, die erste Stellung unter den Berliner Industrien ein. Den Metallarbeitern erwächst daraus die Pflicht, auch in Bezug auf Organisation an der Spitze der Gewerkschaften zu marschieren. Wenn diese Erkenntnis durch die vorliegende Statistik gefördert wurde, dann wird man nicht von ihr sagen können, daß sie verlorene Arbeit gewesen sei.

Versammlungen.

Beifug Stellungnahme zum 1. Mai
war zu Montag Abend eine öffentliche Schuhmacherverammlung einberufen worden, welche jedoch trotz der wichtigen Tagesordnung nicht zu besuch war. Den Vorsitz führte Genosse Niederauer, Genosse N. Boginski hielt das einleitende Referat:

Die Festsetzung des 1. Mai als Feiertag für die Arbeiter aller Länder war das Resultat der Bewegung für die achtstündige Arbeitszeit. Die Arbeiter begrüßten damals voller Freude die auf dem Pariser Kongress angenommene Resolution. Redner geht dann näher auf die Stellung der Schuhmacher zur Achtstundebewegung ein, legt dar, daß in diesem Beruf das Kleinergewerbe vorherrscht, obgleich auch bereits die Großproduktion ihren stetigen Einzug beginnt, infolge dessen seien die Lohaverhältnisse die denkbar schlechtesten. — Die Arbeiter in den Schuhfabriken fänden sich besser. Deshalb hätten die Schuhmacher vorläufig, so lange der Kleinbetrieb in überwiegendem Maße vorhanden sei, von einer Achtstunden-Bewegung wenig zu erhoffen. Wenn dennoch die Demonstration der Schuhmacher am 1. Mai des vorigen Jahres eine sehr imposante war — in einem Zuge von 2000 Mann zogen sie vom Friedrichshain aus durch die Stadt — so geschah es in der Ansicht, daß jeder Erfolg, der in anderen Gewerkschaften erzielt werde, auch den Schuhmachern wieder zu Gute komme, da die Interessen aller Arbeiter gemeinsame sind.

Außerdem hat die Feiertage eine politische Bedeutung. Man vergesse nicht, daß an einem Tage alle Hände ruhen und für ein Ziel kämpfen. In dem Festhalten am 1. Mai mußte uns die Befürchtung bekümmern, mit welcher die Bourgeoisie im vorigen Jahre dem Tage entgegen sah. Diese sah ein, daß es mehr als eine Phrase sei, da hier das Massenbewußtsein, das Stärkegefühl des Arbeiters zum Ausdruck komme. Für den 1. Mai haben sich 7 Arbeiterkongresse verschiedener Länder entschieden. Um so mehr ist es zu bedauern, daß die deutsche Reichstagsfraktion zu dem Beschluß gekommen ist, den 1. Mai als Feiertag fallen zu lassen, zumal alle die Befürchtungen des vorigen Jahres, daß der Tag Anlaß zu Kollisionen geben würde, an der Hand der Arbeiter gescheitert sind. Auch der Hallische Parteitag hat den 1. Mai als dauernden Feiertag festgesetzt. Und nun soll die Feiertage nicht bloß für dieses Jahr auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werden, sondern für alle Zukunft; damit ist also auch der Einwand hinfällig, daß nur auf die augenblickliche wirtschaftliche Krise Rücksicht genommen ist.

Selbstverständlich muß es uns freibleiben, zu dem Vorschlag — daß es ein solcher ist, liegt ja schon in dem Wortlaut des Aufrufs — Stellung zu nehmen. Wenn wir den Vorschlag annehmen sollten, so stellten wir uns damit ein Anmuthungszeugnis vor den Arbeitern anderer Länder aus. Während selbst in Ländern mit kleinen Organisationen am 1. Mai gefeiert wird, folgen wir, die wir uns immer mit großer Beugungnahme rühmen, an der Spitze zu marschieren, hinten nach. Außerdem gäben wir der Bourgeoisie Wasser auf die Mühle, welche uns stets einen Keinsall vorwerfen würde. Freilich könnte das und gleichbleibend, doch weshalb brauchen wir ihnen Anlaß zu Bemerkungen über die Sozialdemokratie geben?

Eine Feiertage am Sonntag ist werthlos; Keiner wird glauben, daß diejenigen, welche am Sonntag feiern, es aus Hingebung thun; es ist vielmehr anzunehmen, daß es mehr aus Neugierde geschieht. Das Verlangen auf die englischen Arbeiter ist durchaus nicht maßgebend, und zwar aus dem Grunde, weil die englischen Arbeiter politisch nicht reif sind, die sozialdemokratische Bewegung steht dort in den Kinderschuhen, sie sind überdies bekanntlich zu praktisch.

Alle diese Gründe veranlassen mich, am 1. Mai feitzubehalten; läßt nicht gefeiert werden am Tage, so können wenigstens am Abend Feste, Versammlungen veranstaltet werden. In welcher Weise die Feiertage also stattfinden soll, darüber lasse ich der Versammlung die Beschlußfassung, doch rathe ich entschieden zum 1. Mai, wir werden dann von dem Bewußtsein getragen sein, ohne die Beschlässe fallen gelassen zu haben, als echte Sozialdemokraten gehandelt zu haben. (Lebhafte Beifall.)

In der darauf folgenden Diskussion treten zunächst die Genossen Schmeier, Niederauer, Grünberg, Wenzel für eine Feiertage am Abend des 1. Mai ein. Als besondere Momente hoben sie hervor, daß, wenn wie eingewendet wurde, die vorjährige Maßfeier viel Geld gekostet habe, der Fraktion die Schuld daran zuzuschreiben sei, da dieselbe zu spät zum Rückzug gelassen habe. Ferner wurde gesagt, die Massen können uns nicht helfen, wir wollen Genossen. Zugegeben wurde, daß die Beschäftigungsart den meisten Schuhmachern es ermöglicht, jeden Tag, ohne gemäßigert zu werden, zu feiern, indem die Mehrzahl zu Hause arbeite.

Der folgende Redner war Genosse Auer, welcher in längerer Rede den Vordredner und dem Referenten entgegentrat. Er führte aus:

Der Einberufer war so freundlich, auch mich zu dieser Versammlung, welche Stellung gegen den Fraktionsbeschluß nehmen sollte — das war in dem Brief gleich bemerkt — einzuladen; ich bin nun hier erschienen, um aus dem Munde des Referenten zu hören, was man gegen den Vorschlag der Fraktion, denn nur ein solcher ist es, wie der Referent richtig hervorgehoben hat, einzunehmen habe. Die Redner haben bisher in durchaus sachlicher Weise gesprochen und auch ich will dasselbe thun. Zunächst eine Bemerkung: Wenn die Frage, welche die Versammlung heute beschäftigt, in den Kreisen der Arbeiter, speziell der Berliner, solche Erregung hervorgerufen wurde, wie es nach den heutigen Ausführungen den Anschein hat,

dann muß ich mein Verwundern darüber aussprechen, daß die Versammlung so schwach besucht ist bei der unendlich großen Zahl der Berliner Schuhmacher und noch dazu an einem Tage, wie heute, an welchem sie nicht, was, wie ich zugebe, allerdings in den letzten Tagen der Woche geschieht, bis in die Nacht hinein arbeiten. Der schwache Besuch spricht vielmehr dafür, daß der Beschluß der Fraktion nicht so große Aufregung unter den Arbeitern Berlins erregt hat. Trotzdem darf die Wichtigkeit der Frage nicht unterschätzt werden. Es ist gesagt worden, daß den Beschläffen des Pariser Kongresses nicht entsprochen ist. Ich bin nicht in Paris gewesen und weiß nicht, wie der Sinn der Beschlässe war. Ich konstatire, daß über die Auslegung des Beschlusses, den ersten Mai zu feiern verschiedene Ansichten vorhanden sind, aber über den einen Punkt ist keine Meinungsverschiedenheit, daß eine allgemeine Kundgebung für einen möglichst durchgreifenden Arbeiterschutz und Verkürzung der Arbeitszeit unter der Arbeiterschaft aller Länder veranstaltet werden müsse. Nur wie die Agitation all Welt zu setzen sei, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich bin der Ansicht, daß die Fraktion, wenn auch nicht Lebensache sei, so doch den jeweiligen Verhältnissen sich anpassen müsse. Das haben wir daraus gesehen, daß von verschiedenen Ländern andere Stellung eingenommen ist. Es ist schon hingewiesen auf England — ich will nicht auf den Vorwurf, daß die englischen Arbeiter politisch nicht reif seien, näher eingehen, daß sie ein praktisches Verhältnis haben, kann ihnen nicht abgesprochen werden, sie haben in der Arbeiterschutzgesetzgebung (tatsächlich Manches erreicht, was wir noch zu erreichen haben. Sie haben nun im vorigen Jahre am Sonntag gefeiert und eine großartige Demonstration zu Stande gebracht. In Oesterreich wiederum ist am 1. Mai zweifellos eine imposante Demonstration gewesen. Wenn die Arbeiter Oesterreichs mit großer Begeisterung an diesem Tage festhalten, so kommt der Umstand dabei in Betracht, daß der erste Mai im ganzen Süden und in Oesterreich als ein allgemeiner Volksfeiertag jedem ohne Ausnahme gewissermaßen noch in den Gliedern liegt. Es hat dort, da es Herkommen, nicht sonderlich aufgeregt. Ebenso liegt es in Nordamerika, auch dort ist von jeher der erste Mai als Volksfeiertag gefeiert worden. Wie weit das nun in Norddeutschland der Fall ist, das zu beurtheilen muß ich Ihnen überlassen. Im vorigen Jahre war zu berücksichtigen, daß der 1. Mai als Feiertag hinter uns lag. Es kam hinzu, daß die Bourgeoisie schon damals die wirtschaftliche Krise vorausfahnte. Ich gebe zwar zu, daß der Fraktionsvorschlag bedeutend zu spät kam, doch sind auch andererseits genug Umstände vorhanden, welche diese Verzögerung wenigstens erklären. Die Vorschläge gingen dahin, es nicht auf das Neujahr ankommen zu lassen, aber die Gewerkschaften hatten sich bereits engagiert und wollten nicht mehr den Rückzug antreten. Man sagte, die Fraktion hätte ihnen einen Knüttel zwischen die Beine geworfen. Das ist nicht der Fall; der Bewegung wurde nichts gehandelt, man hat nur gewissen bösen Absichten, die von anderer Seite geplant waren, die Spitze abgebrochen.

Ob Sie die Rathschläge der Fraktion befolgen wollen, das liegt an Ihnen. Sie sind souverän. Wenn Sie glauben, daß diese schwach besuchte Versammlung berechtigt ist, für die vielen Tausende von Schuhmachern zu beschließen, so thun Sie es. Niemand, der heute hier ist, ist schließend verantwortlich für ein Mißgehe. Ganz anders liegt es aber, wenn die Fraktion den deutschen Arbeitern anrieth, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Mit dieser Aufforderung übernimmt sie auch die Verantwortung, für die Folgen auszukommen, sie verplündert die Ehre der Partei für die Opfer der Aufforderung. Viele Fabrikannten würden heute froh sein, wenn sie ihre Fabriken schließen könnten. Es kann der Einwurf gemacht werden, die Tausende, welche heute auf die Straße geworfen werden könnten, würden einige Wochen nach dem 1. Mai auf Pflaster gesetzt werden. Das gebe ich zu. Wenn sie aber in Folge der Arbeitsruhe am 1. Mai arbeitslos würden, dann würden sie an uns Ansprüche stellen, und die Verantwortlichkeit auflegen, für ihre Existenz und die ihrer Familie zu sorgen. Angesichts dieser Thatsache frage ich Sie: konnte die Fraktion anders vorgehen?

Es sprach hierauf Genosse Fischer, welcher, da doch keine Feiertage am ersten Mai möglich sei, beantragt, gänzlich in diesem Jahre von einer solchen Abstand zu nehmen, und Ruff für eine Feiertage am Abend. Ledermann und Fleischer treten für den Fraktionsbeschluß ein. Hildebrandt, Summeier beschränken Feiertage am Abend des 1. Mai. Auch Genosse Auer greift nochmals zu einer kurzen Erwidrerung in die Debatte ein. In seinem Schlußwort empfiehlt der Referent die Feiertage am Abend.

Auf Antrag des Genossen Fischer wird über keine der eingelaufenen — vier — Resolutionen abgestimmt. Am dritten Osterfeiertag soll eine große Massenversammlung der Schuhmacher endgültig Beschluß fassen; der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein unter „Verschiedenem“ eingelaufener Antrag folgendem Inhalts:

Die heutige Versammlung beschließt, recht rege für die „Berliner Volks-Tribüne“ und Arbeiterbibliothek zu agitieren und diese zu lesen, da dieselben die beste politische Aufklärung ertheilen, gab dem Gen. Auer nochmals Veranlassung, das Wort zu ergreifen: Es habe schon lange auf ihn einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, daß immer bloß von der „Berl. Volks-Trib.“ und „Arbeiterbibliothek“ empfohlen die Rede sei. Er habe gewiß nichts gegen ein Abonnement auf sie einzuwenden, im Gegentheil, er wüßte es sogar. Doch müsse man nicht einseitig verfahren. Wäre er Schuhmacher, würde er beantragen, die Empfehlung auf den „Vorwärts“ und die gesamte Parteiliteratur auszudehnen. Der „Vorwärts“ sei Central-Organ und dürfe daher nicht in den Hintergrund geschoben werden. Wenn es einmal geschehe, würde er nicht sagen, da es aber immer geschieht, finde er, daß System darin liege. (Beifall.)

Gen. Niederauer findet es sehr bezeichnend, daß für die „Tribüne“ agitiert werde, dieselbe siehe auf schwachen Füßen, außerdem sei dieselbe Organ der Berliner Genossen, während dieselben auf den „Vorwärts“ trotz der Erklärung dieblich in Halle keinen Einfluß hätten.

Gen. Summeier: Die Berliner Genossen würden so lange für die „Volks-Tribüne“ allein eintreten, wie der Parteivorstand seinen Standpunkt beibehalte. Er fährt weiter an, daß das Blatt von Meister, Grillenberger, Frohne verächtlich worden sei.

Genosse Auer: Der Vordredner verwechselte sich und seine Freunde mit der Gesamtheit der Berliner Genossen. Er konstatire, daß, so lange der „Vorwärts“ Central-Organ sei, noch keine Beschwerde über denselben beim Parteivorstand eingelaufen wäre. Die Resolution wurde dann bei allgemeiner Unaufmerksamkeit — man war im Ausbruch — angenommen.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein hielt am 15. Febr. eine beschließende Versammlung. Kollege Gerisch legte zum ersten Punkt der Tagesordnung die von ihm auf Grund des durch die Fraktion gesammelten Materials ausgearbeitete Statistik vor, welche nachstehende Angaben über die Lage der Berliner Metallarbeiterschaft liefert und wohl auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen über das Arbeiterschutz-Gesetz gut verwertet werden kann. Dieselbe ist ziemlich umfangreich und wird den Lesern des „Vorwärts“ an anderer Stelle zugänglich gemacht. In der Diskussion spendeten sämtliche Redner dem Kollegen Gerisch Lob wegen der trefflichen Verarbeitung des Materials und sprachen sich zur Sache selbst dafür aus, daß die Statistik, wenn sie sich mehr ganz zurecht findet, da sich die Verhältnisse seitdem bedeutend verschlechtert haben — dennoch einen sehr hohen Werth besäße. Es wird beschlossen, dieselbe im „Vorwärts“, in der Metallarbeiter-Zeitung und womöglich auch in der „Volks-Tribüne“ zu veröffentlichen. Ferner wird der Vorstand beauftragt, zwecks Herausgabe in Brochurenform sich mit einem Festungsverlag in Verbindung zu setzen. Zum 3. Punkt der Tagesordnung wird beschlossen, in Rücksicht auf die jedenfalls bevorstehende Auflösung

des Vereins von einem Druck der neuen Statuten abzusehen. Aus dem gleichen Grunde wird eine Beschlußfassung über die Feiertage der neuen Vereinigung überlassen. Ferner wird das von den Kollegen des Nordens zum 21. d. M. veranstaltete Vergnügen der Versammlung zum Besuch empfohlen. Unter Verschickendem wurde die noch ausstehende Abrechnung vom Stiftungsfest zur Sprache gebracht und ein Antrag angenommen, das Vergütungskomitee aufzufordern, in 8 Tagen mit den Revisoren abzurechnen, die dann noch mit Billets Rückständigen mögen die Folgen ihrer Handlungsweise tragen. Hierauf wurden mehrere interne Vereinsangelegenheiten der Fraktion zur Regelung überwiesen. Kollege Gerisch machte darauf aufmerksam, daß die Mitglieder sich in Rechtsangelegenheiten an den Arbeitsnachweis wenden mögen nach einer Aufforderung zum regen Besuch der am 16. d. M. stattfindenden öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung schloß Kollege Gerisch die Versammlung.

Frischjah- Arbeiter. Am Montag, den 9. Februar, fand eine Versammlung des Vereins der Frischjah- Arbeiter Berlins und Umgegend statt. Bei der Schlussrechnung wurde beschlossen, die Vereinsrevisoren sollten die Abrechnung genau revidieren. An Stelle des nicht erschienenen Genossen Werner sprach Genosse Paus über Alford- oder Tagelohn. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Jeske, Valerius, Ophig, Paus. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. An Stelle des Revisors Boginski wurde Kollege Kuschla als Revisor gewählt. Ferner machte Kollege Lange bekannt, daß in der Bibliothek neue Bücher vorhanden sind. Außerdem machte der Vorsitzende auf die am 28. Februar stattfindende Versammlung mit geselligem Beisammensein aufmerksam.

Potsdam. Die hiesige Zählstelle des deutschen Tischlerverbandes hielt am Sonnabend, den 14. Februar, eine ziemlich stark besuchte Versammlung ab, in welcher Herr Reichling aus Berlin einen etwa einstündigen Vortrag über das Thema: „Der Bau des menschlichen Körpers in seinem Verhältnis zur Arbeit“ hielt. Nachdem Redner hervorgehoben hatte, daß sich gerade Vorträge naturwissenschaftlichen Inhalts für Vereine eigneten, denen es durch den Anschluß an die Zentralisation unmöglich sei, politische Thematika zu erörtern, ging er zu dem eigentlichen Thema über und gab in gedrängter Form eine allgemeine Uebersicht des menschlichen Knochengerüsts und der dazu gehörigen Muskulatur. Er zeigte in anschaulicher Weise, wie irgend eine Arbeit in den einzelnen Fasern vor sich geht und in ihrem Umfang durch die Stärke der Knochen und der Muskulatur bedingt wird. Infolge dieser Arbeitsleistung geht stets eine bestimmte Summe von Kraft verloren, die einerseits durch genügende Nährstoffe und andererseits durch hinreichende Ruhe ersetzt werden muß. Da es dem Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber nicht möglich ist, den Anforderungen seines Körpers gerecht zu werden, so schreibt er eine Minderung derselben. Das Streben des Arbeiters nach höherem Lohne und verkürzter Arbeitszeit wurzelt demgemäß in einer Naturnotwendigkeit, in dem jedem Menschen innewohnenden Selbsthaltungstrieb. — Dem Redner wurde allseitiger Beifall gezollt, und man ging darauf zu „Verschiedenem“ über. Es sind in der letzten Woche zwei Tischler in Potsdam gemästelt worden und zwei weitere Maßregelungen stehen bevor. Bei einem der Gemästelten wurde sogar offen heraus gesagt, daß er seiner „anarchistischen“ Richtung wegen entlassen wurde, und als der Arbeiter jagte, er sei kein Anarchist, sondern Sozialdemokrat, bekam er zur Antwort, das sei ja so ziemlich dasselbe. Mit Rücksicht auf die Keuscherung von Seiten eines Werkmeisters, man werde in Potsdam alle Führer der Bewegung entlassen und derselben so „den Kopf zertreten“, wurde beschlossen, in nächster Woche eine öffentliche Versammlung zu berufen, in welcher wiederum auch diese Angelegenheit besprochen werden soll. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Wie wir in Erfahrung gebracht haben, tagte am demselben Tage auch eine Versammlung des „freimüthigen“ Arbeitervereins, in welcher Vertreter der „freimüthigen“ Presse aus Berlin und Charlottenburg erschienen waren. Was die Herren alles besprochen haben, wissen wir nicht; dem Glase scheinen sie aber tüchtig zugesprochen zu haben, wie die äußerst animirte Stimmung der von Potsdam nach Berlin und Charlottenburg zurückkehrenden Herren von der Feder zur Genüge erkennen ließe.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermag sich aber gleichmüthig dagegen, mit dem Inhalt desselben identischer zu werden.

Dem „Eingefandte“ des Herrn Emil Möhring und Fraulein Johanna Boer in den Nummern 27 und 28 des „Vorwärts“ gegenüber, bin ich zu einer Erwidrerung gezwungen, um Allen, die sich für diese Sache interessieren (und dieser Kreis scheint sich täglich zu vergrößern) sowie wie sich in Kürze sagen läßt, den wahren Sachverhalt zu unterbreiten.

Am 19. August 1890 fand in der „Brauerei Friedrichshain“ eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Wäschebranche beschäftigten Arbeiter statt. Herr Möhring war Einberufer derselben. In dieser Versammlung wurde unter Verschickendem von ca. 1000 Anwesenden einstimmig ein Antrag angenommen, der besagte, 2/3 des Ueberschusses der Tellerammlung dem Verein der Arbeiterinnen und 1/3 der Berliner Streik-Kontrollkommission zu überweisen. Herr Möhring war damals Kassirer des Vereins der Wäschebeschneider, sowie Ehrenmitglied des Vereins der Plätterinnen und es konnte wohl keiner der Anwesenden in jener Versammlung daran zweifeln, daß Herr Möhring diesem Beschluß sofort Folge leisten würde. Wie ist es nun aber, und das ist der Kernpunkt des Ganzen, diesem Beschluß nachgekommen? Antwort hierauf ist: Nachdem 9 Wochen verstrichen, erhielt der Verein der Arbeiterinnen 18,65 M., und der Theil, welcher der Berliner Streik-Kontrollkommission zustiegen sollte, ist bis zur Stunde nicht abgeliefert. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin weiß, daß ein öffentlicher Versammlungsbeschluß zu respektieren ist.

Handelt es sich aber, wie hier, um Geldüberweisungen, so mußte Herr Möhring ungenügend (und die Zeit dazu hatte er, da er als Gemäßigter keine Stellung hatte) das Geld abgeliefern. Demgegenüber fragte Herr Möhring an, von wem ihm der angelegte Betrag übergeben wäre. Nun, Herr Möhring giebt in seinem Eingefandte zu, daß er mit 8 Personen den Ueberschuss festgesetzt habe und diesen dem Arbeiterinnen-Verein überweisen habe. Die Auftraggeber sind hier die beschließende Versammlung und in deren Namen mußte ich als Vertreter der Gewerkschaft in der Streik-Kontrollkommission meinen Pflichten nachkommen, und wenn, wie geschehen, eine Abrechnung erfolgt und der Posten, welcher von meiner Gewerkschaft zustiegen sollte, nicht angeführt ist, so habe ich wohl das Recht, dieses der Versammlung zur Regelung zu unterbreiten.

Daß Herr Möhring das Geld für sich behalten habe, ist mit bis jetzt noch nicht eingesehen zu sagen. Außerdem wird Herr Möhring befähigen können, daß ich in jeder Versammlung gefragt habe, ob das Geld schon abgeliefert sei und dies war meine Pflicht. Was nun ferner Herr Boer betrifft, so ist ihr Eingefandte nicht in der Lage, Herrn Möhring zu entlasten. Ich komme aber Herr Boers Gedächtnis entgegen, indem ich noch mittheile, daß sie am 11. November mit im Beisein der Herrn Dergt und Schlegler (beide sind Fischweiber) erklärt hat, daß sie endlich vorgehen von Herrn Möhring das Geld erhalten habe. Wo sind da die 4 Monat? Im Uebrigen wird ja der Ausschuss der Delegierten der Str. A. N. diese Angelegenheit noch regeln, und ich glaube hiermit die vielen Anfragen, die an mich in dieser Sache gestellt sind zu beantworten. Den Schluß, auf welcher Seite geschieht es und ob ich meinen Pflichten nicht nachgekommen, überlasse den geehrten Lesern und Leserinnen des „Vorwärts“, Gustav Koopmann, Wäschebeschneider, Wöllnerstr. 69, II.